

FDP
Die Liberalen



SOLOTHURNER FREISINN

Solothurn	2/3/4	Pauschalbesteuerung	10	Keulenpolitik	15	Tag der FDP	20/21
FDP Service Public	5	Unter Freisinnigen	12	Privatsphärenschutzinitiative	18	Wahlen 2015	22

21. Jahrgang / Erscheint viermal jährlich / Offizielles Organ der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn

Erste Weichen gestellt

Die freisinnigen Delegierten haben erste Weichen für die Wahlen 2015 gestellt. Sie wollen mit einer eigenen Kandidatur an den Ständeratswahlen teilnehmen und mit mindestens zwei vollen Listen für die Nationalratswahlen antreten, damit alle Regionen angemessen berücksichtigt werden können. Einer Listenverbindung mit nur einer der drei anderen grossen Parteien wurde eine klare Absage erteilt.

In einem waren sich alle einig: eine erfolgreiche Kandidatur für die Ständeratswahlen dürfte schwierig werden, wenn sich die beiden bisherigen Mandatsträger keine Blösse geben. Dennoch: Die FDP darf als kantonal und kommunal stärkste Partei des Kantons Solothurn nicht abseitsstehen und muss Kampfgeist zeigen. Erst eine Ständeratskandidatin oder ein Ständeratskandidat gibt der freisinnigen Wahlkampagne ein Gesicht.

Umfrage sieht die FDP vorn

Da der Kanton Solothurn 2015 nur noch sechs statt bisher sieben Nationalräte nach Bern entsenden darf, wird die Rückeroberung eines zweiten Sitzes für die FDP zu einer fast unlösbaren Aufgabe. Zwar weist sie mit 18,4 Prozent den zweithöchsten Wähleranteil nach der SVP auf. Aber die anderen Parteien können auf die Schützenhilfe von Kleinparteien zählen. Die Verfälschung des Wählerwillens durch Listenverbindungen wird so einmal mehr deutlich aufgezeigt. Die Solothurner FDP will deshalb mit zwei regional ausgewogenen Listen und ihren besten Köpfen dazu beitra-



Die Geschäftsleitung der FDP.Die Liberalen Kanton Solothurn (vlnr.): Kurt Fluri, Esther Gassler, Peter Hodel, Christian Scheuermeyer, Markus Spielmann, Barbara Maienfisch, Mike Bader, Charlie Schmid. Es fehlen: Remo Ankli, Marianne Benguerel, Raphael Pilloud und Kevin Schmid.

gen, den Wähleranteil zu steigern. Die erste Umfrage zeigt: 2015 ist ein Wahlsieg endlich wieder möglich. Mobilisierung heisst das Zauberwort! Eine hohe Wahlbeteiligung nützt dem Freisinn.

Ja zum NFA, Nein zum Energiegesetz

Die eigene Wählerschaft mobilisieren heisst auch, sie an jedem Abstimmungssonntag an die Urnen zu bewegen. Zu den kantonalen Abstimmun-

gen vom 30. November haben die Delegierten deutliche Parolen gefasst (siehe auch Seite 3). Der Neue Finanzausgleich wurde als notwendiges Reformprojekt anerkannt und mit 87 zu 7 Stimmen klar zur Annahme empfohlen. Keine Chance trotz engagierter Gegenwehr hatte hingegen die Teilrevision des Energiegesetzes. Das Verbot von Elektroheizungen fiel bei den Delegierten mit 70 zu 25 Stimmen durch.

Start in eine neue Ära

Schliesslich haben die Delegierten alle Parteigremien neu bestellt. Parteipräsident Christian Scheuermeyer wurde für eine weitere Amtszeit bis 2017 bestätigt. Zudem wurde der erste Mitgliederbeitrag für 2015 festgelegt. Er beträgt 30 Franken. Gleichzeitig wurden den Amteiparteien fast 100 000 Franken uneinbringliche Forderungen, die teilweise jahrzehntealt sind, erlassen. Mit diesen Schritten kann ab 1. Januar 2015 eine neue Ära für die Solothurner FDP eingeläutet werden. Sie alle führen jedoch nur zum Erfolg, wenn an der Basis – in den Gemeinden und Ortsparteien – die freisinnige Fahne wieder mit Stolz hochgehalten wird.

Nationalrat Kurt Fluri stellt sich der Wiederwahl

Ein Leben für die Politik

Kurt Fluri, du hast an der Delegiertenversammlung angekündigt, zu den Wahlen 2015 wieder antreten zu wollen. Wenn du gewählt wirst, trittst du deine vierte Legislaturperiode im Nationalrat an. Was ist deine Motivation?

Meine Motivation liegt in meiner Faszination für die Politik generell. Politik betrifft mehr oder weniger das ganze Leben, und das Interessante liegt in der Breite der politischen Betätigung. Als Stadtpräsident habe ich es mit praktisch allen öffentlichen Angelegenheiten zu tun, und im Nationalrat versuche ich ebenfalls, mich neben den beiden Kommissionen, in denen ich tätig bin – Staatspolitische Kommission und Verkehrskommission –, auch auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Rechtsetzung und der Sicherheitspolitik zu engagieren.

Man hat den Eindruck, du erscheinst viel häufiger in den Medien als noch vor einigen Jahren. Täuscht dies, oder was könnte der Grund sein?

Ob dieser Eindruck stimmt oder nicht, kann ich nicht beurteilen, da ich selbst praktisch nie fernsehe oder Radio höre. Die beiden Funktionen als Präsident der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz und des Städteverbandes bringen aber sicher eine vermehrte Medienpräsenz mit sich. Zudem hat Nationalrat Philipp Müller mit seiner Wahl zum Schweizerischen Parteipräsidenten die Migrationspolitik vermehrt an mich delegiert, da er natürlich noch viel weniger Zeit hat. Und in der Verkehrspolitik bin ich vielleicht als Mitglied des Verwaltungsrates zweier konzessionierter Transportunternehmen vermehrt Ansprechperson. Andererseits suche ich die Medienöffentlichkeit nicht, da sie tendenziell oberflächlich und schwarz-weiss ausgerichtet ist.

Stichwort Ämterkumulation: Jüngst wurde eine mediale Kampagne gefahren, die deine zahlreichen Mandate thematisierte. Was entgegnest du Kritikern, die dir vorwerfen, zu



Kurt Fluri in Aktion.

wenig Zeit für den Nationalrat oder fürs Stadtpräsidium aufzuwenden?

Diese Frage war kürzlich auch Thema einer Debatte im Gemeinderat der Stadt Solothurn. Verschiedene Fraktionssprecherinnen und -sprecher meinten aber, sie hätten noch nie ein diesbezügliches Manko ausgemacht. Die Sprecherin der Grünen sagte gar, ihre Fraktion hätte richtiggehend nach entsprechenden Absenzen gesucht und keine gefunden. Die breite politische Tätigkeit bringt natürlich auch viele Synergien mit sich, zudem politisiere ich nun seit rund 40 Jahren in verschiedensten Gremien, was ein grosses Wissen mit sich bringt. Die medialen Attacken erfolgen im Übrigen immer seitens derselben Journalisten.

Gibt es nie Interessenkollisionen beispielsweise zwischen deinem Mandat als Verwaltungsratspräsident der Regio Energie Solothurn

und Vorstandsmitglied von Pro Natura Solothurn oder dem Präsidium der Stiftung Landschaftsschutz?

Bisher hatte ich noch keine Interessenskonflikte auszustehen. So beteiligt sich beispielsweise die Regio Energie Solothurn nicht an Windenergieanlagen im Solothurner Jura, die, weil sie die Juraschutzzone verletzen, von der Stiftung Landschaftsschutz kritisiert werden. Die Regio Energie unterstützt zudem die Förderung alternativer Energien und selbstverständlich auch Energiesparmassnahmen. Vor allem aber ist sie nicht an der Energieproduktion beteiligt, weshalb das entsprechende Konfliktpotenzial gering ist.

Du stehst seit kurzem auch an der Spitze des Städteverbandes. In immer mehr Städten herrschen aber rot-grüne Mehrheiten. Musst du inskünftig linke Anliegen öffentlich vertreten?

Im Vorstand des Städteverbandes sind die bürgerlichen einerseits und die rot-grünen Kräfte andererseits je etwa hälftig vertreten. Da wir auch sehr viele mittlere und kleinere und damit eher bürgerlich ausgerichtete Städte zu unseren Mitgliedern zählen dürfen, bemühen wir uns im Vorstand um ausgewogene Lösungen und vermeiden einseitige Stellungnahmen. Wir wollen eine städteorientierte Politik betreiben, unabhängig von der parteipolitischen Ausrichtung unserer Mitglieder.

Du bist seit Jahrzehnten liberaler Politiker mit Leib und Seele. In dieser Zeit hat der Freisinn einige Rückschläge verkraften müssen. Kann die FDP zu alter Stärke zurückfinden oder ist sie ein Auslaufmodell?

Die alte Stärke mit einem Wähleranteil von rund 40 Prozent im Kanton Solothurn wird der Freisinn wohl nie mehr erreichen. Das hat verschiedene Gründe wie die Polarisierung unserer Gesellschaft, die europaweit zu beobachtende Schwäche des liberalen Gedankengutes und die Aufspaltung der politischen Mitte auf mehrere Parteien. Unter diesen Umständen kann der liberale Wähleranteil nur rückläufig sein. Ein Auslaufmodell ist der Liberalismus aber keineswegs. Wir scheinen im Gegenteil die Talsohle erreicht zu haben und können zu Recht auf zumindest leichte Gewinne bei den nächstjährigen eidgenössischen Wahlen hoffen. Voraussetzung ist aber, dass der Schweizer Freisinn sich nicht wie im Ausland ausschliesslich wirtschaftsliberal zeigt, sondern eben auch gesellschaftsliberal.

Zum Schluss: Wie lautet deine Prognose für die Wahlen 2015 und die anschliessenden Bundesratswahlen? Die FDP. Die Liberalen werden gesamtschweizerisch um etwa ein bis zwei Prozent an Wähleranteilen zulegen und selbstverständlich die beiden Bundesratssitze weiterhin beanspruchen können.

Nein zur Teilrevision des Energiegesetzes

Verbot von Elektroheizungen kommt Enteignung gleich

Claude Belart,
Kantonsrat, Rickenbach

Die FDP lehnt die Teilrevision des Energiegesetzes klar ab. Gründe dagegen sind vor allem der Schutz von Grundrecht und Eigentum, der Widerspruch zur CO₂-Politik des Bundes sowie die finanziellen Folgen für die Gemeinden. Nach der Bundesverfassung sind Besitzstand und Eigentum von Sachen geschützt und haben deshalb in kantonalen Gesetzen nichts zu suchen. Hier wird in gravierendem Ausmass das Privateigentum angegriffen. Alle betroffenen Besitzer haben seinerzeit eine offizielle Bewilligung erhalten. Würde das Verbot von Elektroheizungen und elektrischen Boilern durchgesetzt, so kommt dies



Claude Belart, Kantonsrat, Rickenbach

einer Enteignung gleich und müsste entschädigt werden. Pensionierte, welche ihre Hypotheken abbezahlt haben, erhalten von den Banken kaum noch Geld, um solche Heizungen zu ersetzen. Die Quintessenz davon: Ihre Häuser werden an Marktwert verlieren. Beide Fakten sind in der Sonntagszeitung auch belegt worden.

Der Entscheid, Elektroheizungen und Elektroboiler zu verbieten, widerspricht sogar dem Hauptanliegen der Energiedirektorenkonferenz, welche sich als erstes Ziel gesetzt hat, den Konsum von fossiler Energie zu reduzieren. Sollte das Verbot in Kraft treten, müsste ein Teil der Betroffenen auf Erdöl oder Gas zurückgreifen. Das wiederum würde zu einem erhöhten CO₂-Ausstoss führen und so der Ener-

giepolitik des Bundes zuwiderlaufen. In vielen Gemeinden werden Konzessionsgebühren auf die Nutzung von öffentlichem Grund und Boden erworben, welche sich im Normalfall nach der verbrauchten Energiemenge richten. Durch ein Verbot von elektrischen Heizungen würden diese wegfallen.

Fazit: Das Verbot ist eine ungeeignete Massnahme. Es verurteilt unnützerweise eine Minderheit für ein minimales Ergebnis. Öl- und Gasheizungen benötigen die gleiche Energiemenge wie eine Stromheizung. Die FDP richtet vielmehr das Augenmerk auf die Gebäudeisolierung. Damit kann das Energiesparziel des Gesetzes voll und ganz erreicht werden, was die Praxis bereits bestätigt hat. Weitere Verbote in diesem Bereich könnten folgen.

Ja zum Neuen Finanzausgleich

Transparent, solidarisch und modern

Esther Gassler, Regierungsrätin,
Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements, Schönenwerd

Am 30. November stimmt das Solothurner Volk über ein zentrales Gesetzesprojekt für die Einwohnergemeinden ab. In enger Zusammenarbeit mit dem VSEG hat der Kanton ein neues, zukunftsgerichtetes und nach klaren Grundsätzen aufgebautes Finanz- und Lastenausgleichsystem (NFA SO) erarbeitet. Dieses orientiert sich erstens am Modell des Bundesfinanzausgleichs (Solothurn erhält über 200 Mio. Franken jährlich daraus), macht zweitens keine Verknüpfung zwischen Subventionszahlungen und Steuerkraft mehr und ermöglicht drittens eine angemessene Solidarität zwischen Starken und Schwachen. Die Reform gliedert sich in folgende Bausteine:

■ Der **Ressourcenausgleich** verkleinert Steuerkraftunterschiede zwi-



Esther Gassler, Regierungsrätin, Vorsteherin des Volkswirtschaftsdepartements, Schönenwerd

schen schwachen und starken Gemeinden. Er besteht aus dem **Disparitätenausgleich**, wo steuerkraftstarke Gemeinden eine Abgabe für steuerkraft-

schwache Gemeinden leisten, und der **Mindestausstattung**, bei welcher der Kanton Gemeinden, deren Steuerkraft weiterhin unter einem bestimmten Wert liegt, unterstützt.

■ Die **Lastenausgleichsgefässe** entlasten Gemeinden mit besonders hohen, strukturell bedingten Kosten. In Anlehnung an den Lastenausgleich des Bundes und Lösungen in anderen Kantonen werden geografisch-topografische, soziodemografische Lasten und Zentrumslasten unterschieden.

■ Zudem wird die aufwändige und mit der Steuerkraft kombinierte Subventionierung der Volksschullehrerlöhne abgeschafft und durch **Schülerpauschalen** ersetzt. Dies führt zu einer wesentlichen administrativen Vereinfachung bei allen Akteuren. Das Modell orientiert sich an klaren, einfach berechenbaren Kostenfaktoren wie Klassengrösse oder Lektionenzahl.

Das neue System ist transparenter

als das bisherige System und wird alle vier Jahre auf seine Wirksamkeit im Sinne einer Erfolgskontrolle hinsichtlich der im Gesetz definierten Zielsetzungen überprüft.

Zum solidarischen Ergebnis tragen neben dem Kanton die steuerkraftstärksten Gemeinden bei. Von diesen wird eine höhere Solidarität eingefordert, u. a. mit Blick auf die seit Jahren unverändert gebliebene Steuerfussspanne zwischen 60 und 150 Prozent. Eine Härtefallregelung federt während einer Übergangszeit von vier Jahren die Belastungswirkung für schlechter gestellte Gemeinden ab. Damit haben diese Gemeinden die Möglichkeit, Anpassungen vorzunehmen und die befürchteten Steuererhöhungen in begrenztem Mass zu halten.

An der Delegiertenversammlung vom 20. Oktober 2014 hat die FDP mit 87:7 die Ja-Parole zur NFA SO beschlossen.

Kolumne

Grün und liberal – geht das?

Urs Marti, Solothurn

Die «Causeries du lundi» von Charles-Augustin Sainte-Beuve sind etwas sehr Anspruchsvolles. Wer zählt die Schüler (Schülerinnen selbstverständlich mitberücksichtigt), die im Französischunterricht unter dem gewaltigen Wortschatz und den luziden Formulierungen dieses genialen Dichters nicht gelitten haben? Wesentlich weniger anspruchsvoll sind dagegen die «Causeries du dimanche» von Herrn Bäumle und Herrn Landolt in den Sonntagsblättern. Dabei geht es immer um das gleiche Thema. Wer kann, wer darf, wer soll noch nach den Wahlen 2015 im Bundesrat sitzen. Bäumle rechnet und rechnet und siehe da: Zusammen mit den Grünen, die er zwar einst unter Absingen wüster Lieder verlassen hat, könnte es sogar für einen eigenen (grünen) Bundesratssitz reichen. Und für Bäumle ist jetzt schon klar, wer dann über die Klinge springen müsste: selbstverständlich die FDP und wenn möglich Johann Schneider-Ammann. Landolt kämpft weiterhin um das Bundesratsmandat seiner Evelyne Widmer-Schlumpf und dabei wissen er und seine Kumpanen immer noch nicht recht, sollen sie jetzt definitiv mit der CVP gemeinsame Sache machen oder eben nicht.

Bäumles Grünliberale verfügen insgesamt über 12 Nationalrats- und 2 Ständeratsmandate; für die BDP sind es gerade noch 9 Sitze im Nationalrat und einen im Ständerat. Beides also sind Splittergruppen, aber deren Parteiprääsidenten tun so, als ob sie die Schweiz regierten. Doch wer soll die Schweiz regieren? Die Gefahr ist gering, dass es auf längere Sicht die BDP sein wird. Sie hat es verpasst, sich als echte Alternative zur SVP zu positionieren und zu etablieren. Ausser ein paar Sprüchen zur immer wieder beschworenen Stärkung der Mitte bleibt da nicht viel übrig. Weiterhin im Aufwind sind dagegen die Grünliberalen.



Schön und gut. Jedermann möchte doch etwas für die Umwelt tun und liberal kann man ja weiterhin bleiben. Doch stellt sich ernsthaft die Frage: grün und liberal, geht das überhaupt? Nein! Klar für die Freiheit eintreten führt noch und noch zur Kollision mit den Prinzipien grünen Denkens. Wer, wie die Grünen, die Welt verbessern will, neigt dazu, am Einzelnen ein wenig herumzukorrigieren, selbstverständlich zu seinem Besten. Und dann ist es eben mit der Freiheit nicht mehr weit her. Beispiele gefällig? Die neuen Leitlinien der Grünliberalen enthalten kein klares Bekenntnis zur freien Marktwirtschaft. Im Gegenteil braucht es Korrekturen bei «Marktversagen». Im Verkehrssystem wird ein Umbau verlangt. In erster Linie soll Verkehr vermieden und dann Velo- und Fussverkehr gefördert werden. Um den Bedarf an Mobilität zu senken, wollen die Grünliberalen «Wohnen, Freizeit, Konsum und Arbeit möglichst nahe zusammenbringen». Und: «Dafür müssen die Kosten von den Verursachenden getragen werden.» Wenn das alles noch liberal ist!

Man ist geneigt, nach der Lektüre der neuen Leitlinien der Grünliberalen in Abwandlung eines bekannten Werbespots zu sagen: «Grün bleibt grün; alles andere ist Beilage.»

Wechsel in den Ortsparteien

Gunzgen: Roman Kamber (neu) für Urs Schläfli
Hubersdorf: Martin Meister (neu) für Regula Meister

Wir danken den zurückgetretenen Präsidenten für ihren Einsatz.

Veranstaltungen

November 2014

- | | | | |
|----|-----|-----------|--|
| Di | 4. | 12.45 Uhr | Apéroggespräch mit den Kantonsangestellten und öffentliche Kantonsratsfraktionssitzung (Roter Turm Solothurn) |
| Di | 4. | 18.00 Uhr | Partei Vorstand (Rössli Oensingen) |
| Di | 4. | 19.30 Uhr | Orts- und Amteiparteiprääsidentenkonferenz (Rössli Oensingen) |
| Fr | 7. | 19.00 Uhr | Ecopop – Nutzen oder Schaden? Öff. Informationsanlass mit BR Johann Schneider-Ammann (Fraisa SA Bellach). Anmeldung erforderlich unter info@solothurnerkomitee.ch , weitere Infos siehe www.fwso.ch |
| Do | 13. | 18.30 Uhr | Club FDP 2000: Jahresversammlung mit Ständerat Joachim Eder, FDP/ZG (Roter Turm Solothurn) |
| So | 30. | | Eidgenössische und kantonale Abstimmungen (Parolen siehe www.fdp-so.ch) |

Dezember 2014

- | | | | |
|----|----|-----------|---|
| Di | 9. | 18.30 Uhr | Schlussitzung Partei Vorstand (von Arx, Egerkingen) |
|----|----|-----------|---|

Den Jahresterminkalender 2015 und weitere Details finden Sie unter:

www.fdp-so.ch/events

Vorschau Nominationstermine Wahlen 2015

Die Nominations-Delegiertenversammlung für die Ständeratswahlen findet am **Montag, 19. Januar 2015**, die Nominations-Delegiertenversammlung für die Nationalratswahlen am **Dienstag, 31. März 2015**, statt. Bitte merken Sie sich beide Termine schon jetzt in Ihrer Agenda vor. Herzlichen Dank.

In eigener Sache

Grosse Ehre für Ruedi Nützi

Unser ehemaliger Parteiprääsident Ruedi Nützi wurde mit der höchsten Auszeichnung geehrt, die China an ausländische Experten vergibt. Unter 100 Persönlichkeiten aus 25 Nationen war Nützi der einzige Schweizer. Er durfte den sogenannten Friendship-Award für sein Engagement entgegennehmen, welches er im Bildungsbe- reich als Teil der internationalen Ausrichtung der Hochschule für Wirtschaft der FHNW seit über 20 Jahren erbringt. Wir gratulieren herzlich zu dieser ehrenvollen Auszeichnung.

Wechsel im Sekretariat

Ab 1. November übernimmt Iris Kofmel-Nützi aus Derendingen die Leitung der Administration im FDP-Sekretariat mit einem 50-Prozent-Pensum. Frau Kofmel ist verheiratet und hat zwei Kinder. Nach der Handelsschule in Solothurn war sie vor allem als Verkaufssachbearbeiterin tätig. Iris Kofmel ersetzt Mike Bader, der der FDP als neuer Präsident der Jungfreisinnigen Kanton Solothurn aber weiterhin erhalten bleibt. Wir wünschen Iris Kofmel und Mike Bader in ihren neuen Funktionen viel Erfolg und Befriedigung.

Nein zu «Pro Service Public»

Service Public ja – aber richtig!

Am 25. September hat der Ständerat die Volksinitiative «Pro Service Public» einstimmig abgelehnt. Er folgte damit der Empfehlung des Bundesrates und trifft auch die Meinung von FDP Service Public. Denn nicht jeder öffentliche Dienst ist guter, lohnenswerter und unterstützungswürdiger Service Public, und die Initiative täuscht beinahe schon realitätsfremde Sachen vor.



Beat Schlatter, Präsident FDP Service Public

Die Versprechen der von verschiedenen Konsumentenschutzorganisationen eingereichten Initiative klingen verlockend: «Schluss mit ständigen Preisaufschlägen», «Für ein dichtes Netz», «Für offene Schalter» oder «Schluss mit überfüllten und dreckigen Zügen».

Das wollen wir alle: einen guten, zuverlässigen, günstigen und auf die Bedürfnisse der Nutzer ausgerichteten Service Public. Doch ein Blick hinter die Fassade offenbart eine Vielzahl kritischer Punkte der Volksinitiative «Pro Service Public».

Keine Gewinne – keine Investitionen

Forderungen der Initiative sind ein Verzicht auf Gewinnorientierung bei Unternehmen, die im Bereich der Grundversorgung des Bundes einen gesetzlichen Auftrag haben oder vom Bund durch die Mehrheitsbeteiligung direkt oder indirekt kontrolliert werden. Heute investieren beispielsweise Swisscom, Post und SBB ihre Gewinne in den Ausbau der Service-Public-Leistungen. Als weiterer Schritt greift die Initiative in die Lohnstruktur der Unternehmen ein und fordert von ihnen eine Gleichstellung mit den Salä-

ren der Bundesverwaltung. Damit würde die unternehmerische Freiheit ebenfalls beschnitten.

Abschliessend muss der Gesetzgeber dann auch noch die Grundversorgungsleistungen im öffentlichen Dienst definieren, dabei sind diese einem laufenden Wandel unterworfen. Betroffen von solchen Regelungen wären demnach die Post und die SBB, aber auch die Swisscom.

Keine Innovation mehr im öffentlichen Dienst?

Offene Schalter, günstige Ticketpreise und Handygebühren: Dies glauben die Initianten zu erreichen, indem sie den Anbietern jegliche Gewinnorientierung und Wettbewerbsfähigkeit absprechen. Wer keine Gewinne erzielt, wird aber auch nicht in die Weiterentwicklung des Angebots investieren, kann sich auf dem Markt nicht behaupten und hat keinerlei Anreiz, sich und sein Angebot zu verbessern. Während also andere Mobiltelefonanbieter mit günstigeren Tarifen locken und mit ihren Gewinnen weitere Angebote entwickeln können, müsste die Swisscom eine vom Parlament festgelegte Grundversorgung garantieren und hätte keine finanziellen Mittel, um andere Leistungsbereiche zu betreiben.

Ein weiteres leeres Versprechen ist die angestrebte flächendeckende

Grundversorgung. Gerade das Verbot von Quersubventionierungen steht einem flächendeckenden Angebot entgegen. Bereits heute müssen Gewinne aus anderen Geschäftsbereichen verwendet werden, um selten frequentierte Poststellen offen zu halten. Mit einer gesetzlichen Vorgabe, welche Poststellen, Fahrpläne oder Netzabdeckungen wie zu führen sind, stösst die Initiative hier die Tür zu einer verlustreichen Geschäftsführung weit auf.

FDP Service Public steht für wirkliche Verbesserungen

Es ist zu wünschen, dass nach der Ablehnung durch Ständerat und Bundesrat auch der Nationalrat die Volksini-

tiative «Pro Service Public» als das erkennt, was sie ist: ein zu starker Eingriff in die unternehmerische Freiheit des öffentlichen Diensts, eine Bevormundung von (halb-)staatlichen Unternehmen und eine Gefahr für einen sich den Bedürfnissen der Bevölkerung anpassenden Service Public.

Die Initiative würde dem entgegenstehen, wofür sich die FDP und die FDP Service Public seit Jahren starkmachen: einen öffentlichen Dienst, der bedarfsgerecht ausgerichtet ist, Wettbewerb zulässt und Bürokratie abbaut. Die Mitglieder der FDP Service Public werden sich klar gegen die Initiative engagieren und sich ihrerseits für eine effiziente Verwaltung einsetzen.

Vortrag von Daniel Schlup, Leiter Notfall- und Krisenmanagement SBB

Mitte September erklärte Daniel Schlup den rund 25 Teilnehmenden des Vortragsabends von Service Public Funktion und Aufgabenbereiche des Notfall- und Krisenmanagements der SBB. Anschaulich legte er dar, wie die SBB auf verschiedene Vorkommnisse in ihrem Streckennetz reagieren. Dabei kamen auch tatsächliche Beispiele wie der Grossbrand in Schlieren 2013 oder

Erdbeben wie zuletzt bei Fribourg zur Sprache.

Daniel Schlup zog die Anwesenden in seinen Bann. Die vielfältigen Fragen im Anschluss an den Vortrag sowie die angeregten Gespräche am Apéro im Anschluss zeugten davon.

Der nächste Anlass der FDP Service Public ist die Generalversammlung vom 6. November im Politforum Käfigturm in Bern.

Höhere Berufsbildung

Unsere bewährte Berufsbildung verakademisieren?

Die rekordtiefe Jugendarbeitslosigkeit und eine starke Wirtschaftsentwicklung sprechen für den Erfolg des Schweizer Berufsbildungssystems. Akademisch klingende Titel wie «Professional Bachelor/Master» sind für die Höhere Berufsbildung (HBB) aber eine Sackgasse. Setzen wir besser auf die bestehenden Stärken und schöpfen wir dadurch das Potenzial an Fach- und Führungskräften voll aus.

Claude Meier, Peter Kofmel

Die «Stärkung der Höheren Berufsbildung» ist zurzeit in aller Munde, und es findet sich kaum jemand in der öffentlichen Debatte, der diesem Ziel im Grundsatz nicht zustimmen würde. Aufbauend auf der beruflichen Grundbildung ist die Höhere Berufsbildung (HBB) die konsequente und zwingende Fortsetzung im dualen Berufsbildungssystem der Schweiz. Als wichtige Ergänzung zur (Berufs-)Maturität und den Hochschulen werden über den Weg der berufsorientierten Weiterbildung hochqualifizierte Fach- und Führungskräfte ausgebildet.

Aufwertung der Höheren Berufsbildung?

Doch die HBB kann ihre volkswirtschaftlich bedeutsame Rolle in der Zukunft nur dann erfolgreich weiter wahrnehmen, wenn sie sich national und zunehmend auch international gut positioniert. Momentan wird in der öffentlichen Debatte hierzu vor allem die Titelfrage diskutiert, im Raum steht die Einführung der Bezeichnungen «Professional Bachelor/Master» für die HBB-Abschlüsse. Doch bringt dieser Vorschlag tatsächlich eine Aufwertung der HBB?

Der Nationalrat hat im Juni knapp mit 93 zu 80 bei 16 Enthaltungen die Motion Aebischer «Titeläquivalenz für die Höhere Berufsbildung» überwiesen. In der kommenden Wintersession wird sich nun der Ständerat mit der Frage der Einführung von «Professional Bachelor/Master» auseinandersetzen. Die Motion greift ein zentrales Thema auf, der Lösungsansatz



ist aber weder nachhaltig noch längerfristig zielführend.

Arbeitsmarktorientierung muss zentral bleiben

Inhaberinnen und Inhaber eines «Professional Bachelor/Master» würden neben den akademischen Titeln der Hochschulen als «Bachelor/Master zweiter Klasse» wahrgenommen. Das «Original» ist immer besser als die «Kopie». Die Folge ist eine Wertminderung der Berufsbildungsabschlüsse. Auch im Ausland ist die Titelverwendung «Professional Bachelor/Master» nicht geläufig. Dies schmälert die internationale Aussagekraft und Akzeptanz solcher Titel massiv.

Noch viel entscheidender ist, dass mit einer Einführung der akademischen Bildungsterminologie in die HBB die Trennschärfe zwischen akademischer und berufsorientierter Bildungslogik vermischt wird. Die Verwässerung birgt das Risiko, dass sich die HBB zunehmend an der akademischen Welt orientiert, anstatt sich auf ihre eigentliche Stärke zu besinnen: die Arbeitsmarktorientierung. Es ist

zu hoffen, dass der Ständerat den knappen Entscheid des Nationalrates vom Juni korrigiert!

Massnahmenpaket zur Stärkung der Berufsbildung

Der Bundesrat hat am 27. August 2014 ein Massnahmenpaket beschlossen, welches die Stärkung der HBB bezüglich Finanzierung und Positionierung zum Ziel hat. Er hat u. a. die Verordnung über den «Nationalen Qualifikationsrahmen (NQR) Berufsbildung» in Kraft gesetzt. Künftig werden Absolventinnen und Absolventen der HBB neben ihrem Diplom einen englischsprachigen Diplommzusatz erhalten.

Dieser Diplommzusatz weist die Einstufung des Abschlusses im Europäischen Qualifikationsrahmen aus und beschreibt die Kompetenzen, über welche Absolventinnen und Absolventen verfügen. Dies ist der richtige Weg. Ergänzend soll eine seriöse Diskussion über Titel und Titelübersetzungen geführt werden, die Titel der Höheren Berufsbildung sollen sich jedoch eindeutig von den im Bologna-System üblichen Hochschultiteln abgrenzen.

Bitte beachten Sie zu diesem Thema auch den Beitrag von Bildungsminister Johann Schneider-Ammann auf Seite 12.

Claude Meier ist Mitglied der Fachkommission Bildung der FDP Schweiz sowie der FDP Stadt Bern. Beruflich ist er Leiter Zentralsekretariat/Leiter Bildung beim KV Schweiz. Kontakt: claudio.meier@kvschweiz.ch

Peter Kofmel ist Präsident der Fachkommission Bildung der FDP Schweiz sowie alt Nationalrat. Kontakt: peter.kofmel@kellerhals.ch

FDP-Positionspapier

«Unser Ziel: Das beste Bildungssystem der Welt»

FDP. Die Liberalen setzt sich für das weltweit beste Bildungssystem ein: Alle in der Schweiz lebenden Menschen sollen gerechte Ausgangschancen haben und das Land den grösstmöglichen Erfolg. Eine rekordtiefe Jugendarbeitslosigkeit und eine starke Wirtschaftsentwicklung sind Beweis für das Erfolgsmodell unseres dualen Bildungssystems. Die FDP will die Wertschätzung für dieses steigern und Verakademisierung verhindern. Zugleich müssen wir den Spitzenplatz der Schweiz in der Forschung sichern und durch Innovation zum Fortschritt unseres Landes beitragen. Die Delegierten der FDP verabschiedeten am 28. Juni 2014 ein Positionspapier mit diesen Forderungen.

www.fdp.ch/positionen

Jüngste FDP-Ortsparteipräsidentin

«Alter und Geschlecht spielen in der Politik keine Rolle»

Wenn Linda Seiler (20) als Präsidentin der Ortspartei Diessenhofen und Umgebung die Vorstandssitzungen leitet, hören Männer auf sie, die mindestens doppelt so alt sind. Sie dürfte die jüngste Ortsparteipräsidentin der FDP – wenn nicht der Schweiz – sein. Eine nicht immer leichte Aufgabe, die aber viel Positives mit sich bringt, wie sie im Gespräch erzählt.

Als Linda Seiler angefragt wurde, ob sie nicht das Präsidium der Ortspartei Diessenhofen und Umgebung im Kanton Thurgau übernehmen wolle, konnte sie es selber fast nicht glauben. Kein Wunder, war sie damals doch gerade erst 18 Jahre alt. Ihre Reaktion darauf war entsprechend verhalten: sie wollte zuerst einmal ihr internationales Baccalauréat beenden. Einige Zeit später wurde die Anfrage im Hinblick auf die anstehende Generalversammlung und den Rücktritt des bisherigen Präsidenten wiederholt. Diesmal stimmte sie zu, und der Vorstand nominierte sie als Kandidatin. Trotz einiger kritischer Stimmen fand Linda Seiler breite Unterstützung und wurde mit nur 19 Jahren zur neuen Ortsparteipräsidentin gewählt.



Ob Politik, Beruf oder Studium: Linda Seiler hat keine Angst vor Männerdomänen.

Ortspartei aus dem Dornröschenschlaf geweckt

Die neue Aufgabe war kein Zuckerschlecken. Doch mit grosser Motivation und viel Elan machte sie sich ans Werk. So weckte sie die Ortspartei aus ihrem Dornröschenschlaf und motivierte die anderen Partei- und Vorstandsmitglieder, zum Grossteil ältere Männer.

Sehr schnell konnte sie kleine Erfolge vorweisen. Sie organisierte Veranstaltungen wie den Besuch einer Bierbrauerei oder eine Podiumsdiskussion zur Einheitskasse. Diese Anlässe waren jeweils gut besucht: Es kamen auch neue Leute, einerseits angelockt durch das neue Programm, andererseits wohl auch aus Neugierde auf die neue junge Präsidentin.

FDP-Mentoring-Programm als Starthelfer

Das Interesse an der Politik wurde Linda Seiler quasi in die Wiege gelegt. Auch wenn die Eltern politisch nicht aktiv waren, wurde stets viel diskutiert und den Kindern die Wichtigkeit von Wahlen und Abstimmungen ans Herz gelegt. Mit 16 wurde sie von ihrer älteren Schwester zum ersten Mal an einen Anlass der Jungfreisinnigen mitgenommen. Schon bald meldete sie sich beim FDP-Mentoring-Programm an und kam so mit Nationalrat Andrea Caroni in Kontakt, der in Bundesbern selbst zu den Jüngeren gehört.

Auf ihre Jugend angesprochen, reagiert Linda Seiler abwinkend: «Das

ist nicht relevant für mich.» Klar gebe es kritische Stimmen gegenüber den Jungen. Und manchmal werde sie wohl auch nicht als FDP-Mitglied, sondern als Jungfreisinnige wahrgenommen, bei denen sie nach wie vor ebenfalls Mitglied ist. Doch dies alles müsse man ignorieren und sich einfach auf seine Ziele konzentrieren.

Seiler will keinen Jugend-Bonus

«Ich finde, das Alter und das Geschlecht spielen überhaupt keine Rolle in der Politik», sagt Linda Seiler. «Auch wenn es manchmal Vorteile hat, so jung zu sein, überwiegen doch die Nachteile. Und ganz sicher will ich keinen Jugend-Bonus. Meine Arbeit soll für mich sprechen.»

Positiv sei der starke Generationenaustausch, den es nun in ihrer Ortspartei gebe. Sie habe schon viel über deren Geschichte erfahren. Und natürlich könne sie wichtige Erfahrungen für ihr späteres Leben sammeln. Denn wie könne man besser lernen, sich durchzusetzen und sich Respekt zu erarbeiten, als wenn man als junge Frau eine Gruppe von älteren Männern anführt?

Keine Angst vor Männerdomänen

All diese Fähigkeiten wird sie sicherlich auch in Zukunft gut gebrauchen können. Linda Seiler macht im Moment ein Bank-Praktikum und möchte anschliessend gerne Mathematik studieren. Sie bewegt sich also ausserhalb der Politik eher in Männerdomänen. Und wie sieht ihre Zukunft in der Politik aus? «Da habe ich mich

noch nicht festgelegt», antwortet sie und erinnert mit ihrer Zurückhaltung schon fast ein bisschen an Parlamentarier, die sich auch nicht festlegen, wenn sie gefragt werden, ob sie nicht gerne Bundesrat werden wollten. Sie lacht, auf diesen Vergleich angesprochen. Sie wolle eben alles auf sich zukommen lassen und bei einem Amt immer topmotiviert sein und ihr Bestes geben.

Politikkarriere in Sicht?

Und dann ist da noch das Zeitproblem: Arbeit plus Ortsparteipräsidentin plus Vorstand FDP Frauen Thurgau – wo sie auch mit Abstand die Jüngste ist –, da bleibt oft nicht mehr viel übrig von der Freizeit. Aber wer weiss: Wenn es in diesem Tempo weitergeht, steht einer erfolgreichen Politikkarriere eigentlich nichts im Weg.



Jugend auf dem Vormarsch: 23-jähriger Gemeinderat für Münsterlingen

Der Kanton Thurgau scheint ein gutes Pflaster für Jungpolitiker zu sein. So wurde am 28. September dieses Jahres der 23-jährige Jungfreisinnige Adrian Giger in den Münsterlinger Gemeinderat gewählt. Giger hat eine Immobilien-treuhand-Lehre gemacht und studiert derzeit an der Fachhochschule St. Gallen Betriebsökonomie.

Ruedi Nosers Antwort auf Ecopop-Artikel im «Beobachter»

Ecopop: Ökologie ja – Nachhaltigkeit nein!

Im «Beobachter» schrieb Chefredaktor Andres Büchi über die Ecopop-Initiative. Darin lobte er die ideellen Ziele der Initianten für mehr Zeit und Lebensqualität und für weniger Konsum. Die Verletzung des Verfassungsauftrags für eine nachhaltige «Erneuerungsfähigkeit» werde so gestoppt und gleichzeitig die Lebensqualität und Prosperität unseres Landes gesteigert. Die ökologische Nachhaltigkeit sei oberstes Gebot. Der Text der Initiative fordert aber keines dieser ideellen Ziele.

Ruedi Noser,
Nationalrat, Zürich

Nicht der Wohlstand ist das Hauptanliegen der Ecopop-Initiative, sondern die Beschränkung der Zuwanderung. Dabei blendet sie aber aus, dass wir in der Schweiz jedes Jahr höhere Gesundheitskosten haben, weil wir ein qualitativ gutes Gesundheitssystem wollen. Sie blendet auch aus, dass die Renten in unserem Land nur gesichert sind, wenn unsere Wirtschaft wächst.

Und sie blendet ebenfalls aus, dass unser Staat Jahr für Jahr mehr ausgibt, weil unter anderem Schulen, Sicherheit und Sozialleistungen immer mehr kosten.

Wirtschaft bremsen, aber auf nichts verzichten

Genau hier liegt das Haar in der Ecopop-Suppe. Will man die wirtschaftliche Leistung und damit die Einnahmen drosseln, wie es die Initiative fordert, muss man die Ausgaben durch

klug angesetzte Reformen senken. Doch dagegen sträuben sich die Initianten. Derselben Logik scheint der «Beobachter» verfallen zu sein. So hat er sich vor nicht allzu langer Zeit gegen die Reform der Altersrente, deren Umwandlungssatz und damit gegen die Nachhaltigkeit in der Altersvorsorge ausgesprochen. Gleichzeitig wünscht er sich eine Schweizer Wirtschaft, die mindestens einen Gang herunterschaltet – aber selber will er auf nichts verzichten.

Nachhaltigkeit hat ihren Preis

Zwar anerkennt Herr Büchi die umfassende Nachhaltigkeit als ein gutes, fernes Ziel. Aber sie hat ihren Preis. Leider. Das bestreitet auch niemand. Will man etwas erreichen, darf man keine Mühen scheuen. Wer die ökologische Nachhaltigkeit preist, die Umfassende zwar lobt, sich schliesslich aber in Ausländer ausschliessende Initiativen verliert, ist eben doch nur ein Populist.

Absurd und schädlich.

www.ecopopnein.ch

**ECOPOP!
NEIN!**

Im Ausland Verhütung predigen und die Schweiz blockieren.

Goldinitiative

Unabhängigkeit und Handlungsfähigkeit der Nationalbank nicht einschränken

Fritz Zurbrugg, Mitglied des Direktoriums der Schweizerischen Nationalbank (SNB), erklärt, wieso diese die Goldinitiative der SVP ablehnt. Sie würde die Handlungsfähigkeit der SNB im Ernstfall einschränken und wäre damit für die Schweiz gefährlich und schädlich.

Die Goldinitiative möchte mit drei Verfassungsbestimmungen sicherstellen, dass die Goldreserven der Schweizerischen Nationalbank dauerhaft erhöht werden. Die Initiantinnen und Initianten sind überzeugt, dass die Höhe der Goldreserven eine massgebende Rolle für die Währungsstabilität spielt. Konkret verlangt die Volksinitiative, dass die Nationalbank mindestens 20 Prozent ihrer Aktiven in Gold halten muss, dass die Goldreserven der Nationalbank unverkäuflich sind und dass die gesamten Goldreserven in der Schweiz zu lagern sind.

Die Währungsstabilität ist ein zentrales Anliegen der Nationalbank. Dies wird unmissverständlich im gesetzlichen Mandat der Nationalbank festgehalten. In Art. 5 Abs. 1 des Nationalbankgesetzes steht: Die Nationalbank führt die Geld- und Währungspolitik im Gesamtinteresse des Landes. Sie gewährleistet die Preisstabilität. Dabei trägt sie der konjunkturellen Entwicklung Rechnung.

Bisher konnte die SNB ihren Auftrag erfüllen

Hat die Nationalbank diese Aufgabe unter den geltenden verfassungsmässigen und gesetzlichen Grundlagen erfüllt? Ein Blick auf die Preisentwicklung seit 2000 genügt: Die Jahresteuern hat im Durchschnitt 1 Prozent betragen. Der Nationalbank ist es auch gelungen, die ausserordentlichen Herausforderungen der jüngsten Finanzkrise zu meistern.

Eine grundlegende Voraussetzung für die Erfüllung unseres gesetzlichen Mandats ist die Handlungsfreiheit betreffend des Einsatzes der nötigen geldpolitischen Instrumente. Da sich geldpolitische Operationen direkt auf die Bilanz der Nationalbank auswir-



Fritz Zurbrugg: «Auch künftig sollen Unabhängigkeit, Flexibilität und Handlungsfähigkeit der Nationalbank sicher gestellt sein.»

ken, sind Einschränkungen bei der Zusammensetzung der Bilanz gleichbedeutend mit Einschränkungen bei den geldpolitischen Handlungsmöglichkeiten. Die Flexibilität der Bilanz spielt für die Geldpolitik eine zentrale Rolle.

Flexibilität würde zu stark eingeschränkt

Mit der Unverkäuflichkeit der Goldreserven wird diese Flexibilität drastisch eingeschränkt. Bei der aktuellen Bilanzsumme von rund 522 Milliar-

den wären gemäss der 20-Prozent-Regel der Initianten über 100 Milliarden Franken der Währungsreserven in unverkäuflichen Anlagen investiert. Bei jeder künftigen Ausdehnung unserer Bilanz müssten wir Gold weiter zu kaufen, bei jeder Verkürzung der Bilanz könnten wir den Goldanteil nicht mehr verringern.

Im Extremfall würde die Aktivseite der Bilanz der Nationalbank mit der Zeit weitgehend aus unverkäuflichem Gold bestehen. Auch möchte ich dar-

auf hinweisen, dass Währungsreserven, die nicht verkauft werden können, keine eigentlichen Reserven darstellen. Es ist nicht sinnvoll, eine Erhöhung der Reserven für den Notfall zu verlangen – Goldvorräte – und gleichzeitig die Nutzung dieser Reserven, auch in Notsituationen, zu verbieten.

Lagerung in anderen Ländern ist sinnvoll

Die Forderung der Initianten, dass die gesamten Goldreserven in der Schweiz zu lagern sind, ist ebenfalls unnötig und unlogisch. Heute sind 70 Prozent unserer Goldreserven in der Schweiz gelagert, 20 Prozent befinden sich bei der Bank of England und 10 Prozent bei der Bank of Canada. Wie schon erwähnt, stellen die Goldreserven eines Landes üblicherweise einen Vermögenswert dar, der nur in einer schweren Notlage eingesetzt wird. Aus diesem Grund ist es sinnvoll, verschiedene Lagerungsorte zu haben.

Zudem ist es zweckmässig, Orte zu wählen, wo Gold gehandelt wird, sodass es schneller und mit weniger Transaktionskosten verkauft werden kann. Sowohl Grossbritannien wie Kanada erfüllen diese Bedingungen. Beide Länder verfügen ausserdem über ein stabiles und zuverlässiges Rechtssystem, und wir haben die volle Garantie, dass unser Gold dort sicher ist. Aus all diesen Gründen bitte ich Sie, am 30. November die Goldinitiative abzulehnen und so auch künftig Unabhängigkeit, Flexibilität und Handlungsfähigkeit der SNB sicherzustellen.

Bei diesem Artikel handelt es sich um die gekürzte Rede von Fritz Zurbrugg an der FDP-Delegiertenversammlung am 18. Oktober in Bern.

Initiative zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung

Auf Steuergelder und Arbeitsplätze verzichten?

Am 30. November kommt die schädliche Pauschalsteuer-Initiative zur Abstimmung. Wird diese angenommen, bedeutet dies nicht nur einen grossen Verlust an Steuereinnahmen für Bund und Kantone, sondern auch von Arbeitsplätzen. Die FDP stellt sich gegen diesen neuen Angriff von Links auf das Erfolgsmodell Schweiz.

Peter Schilliger,
Nationalrat, Luzern

Von 1:12 über die Einführung eines Mindestlohns bis hin zu einer nationalen Erbschaftssteuer: Die Salve linker Initiativen will unser bewährtes Erfolgsmodell Schweiz versenken. Die FDP-Delegierten haben sich am 18. Oktober auch entschieden gegen den aktuellen Angriff mit der Abschaffung der Pauschalbesteuerung gestellt.

Pauschalbesteuerung ist klares und effizientes System

Um was genau geht es bei dieser Initiative der alternativen Linken? Sie hat folgenden Wortlaut: Steuerprivilegien für natürliche Personen sind unzulässig. Und die Besteuerung nach dem Aufwand – im Volksmund Pauschalsteuer genannt – ist untersagt. Aber was genau ist die Pauschalbesteuerung eigentlich? Bei dieser Form der Besteuerung handelt es sich um ein klares und effizientes System, um Steuern einzuholen. Es wird bei Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die einen Schweizer Wohnsitz haben und in der Schweiz keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, angewendet.

Verschärfungen wurden bereits vom Parlament beschlossen

In der Schweiz werden aktuell etwa 5500 Personen pauschal besteuert, 98 Prozent davon haben einen Zweitwohnsitz im Ausland. Basis zur Berechnung der Pauschalbesteuerung ist heute der 5-fache Eigenmietwert. Die Mindestbemessungsgrundlage liegt bei 400 000 Franken. Die Praxis zur Pauschalbesteuerung wurde bereits verschärft.

Ab 2016 wird neu das 7-Fache des Eigenmietwertes als Steuer fällig. Da-



Nationalrat Peter Schilliger (LU): «Die FDP will eine nationale Abschaffung der Pauschalbesteuerung verhindern.»

mit werden 80 Prozent der Pauschalbesteuerten neu mehr Steuern bezahlen als vorher. Was dabei nicht vergessen werden darf: Diese Personen zahlen oder zahlten bereits Quellensteuern in den Ländern, in denen sie aktiv waren (Sportler, Künstler), beziehungsweise auf ausländische Dividenden oder Zinserträge.

18 Kantone entschieden sich für die Pauschalbesteuerung

Nur gerade fünf Kantone – Basel-Stadt, Basel Land, Appenzell Ausserrhoden, Schaffhausen und Zürich – haben bis jetzt die Pauschalbesteuerung abgeschafft. In weiteren 18 Kan-

nien, Spanien, Portugal, Belgien, China, Japan, Australien, Kanada oder Frankreich. Diese würden unsere Pauschalbesteuerten sofort mit Handkuss nehmen.

Pauschalbesteuerte zahlen nach Abschaffung weniger Steuern

Dass viele Pauschalbesteuerte nach Annahme der Initiative die Schweiz verlassen würden, ist klar. Schon ein Jahr nachdem Zürich die Pauschalbesteuerung abgeschafft hatte, haben 97 von ehemals 201 Pauschalbesteuerten den Kanton verlassen. Die Verluste an Steuereinnahmen gehen für den Kanton Zürich in die Millionen. Und dazu kommt: 47 der ehemals Pauschalbesteuerten bezahlen heute weniger Steuern als zuvor. Das war wohl kaum die Absicht dahinter.

Den Initianten steht eine breite Front an Gegnern der Initiative gegenüber. Neben Bundesrat und Parlament sagen auch die Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren, der Schweizerische Gewerbeverband, der Schweizerische Arbeitgeberverband, die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für die Berggebiete und die IG Arbeitsplätze im Berggebiet Nein zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung.

Randgebiete würde Abschaffung besonders treffen

Besonders die strukturschwachen Berggebiete sind auf diese Steuereinnahmen angewiesen. Und sie zählen auf die durch Pauschalbesteuerte geschaffenen Arbeitsplätze. Die Abschaffung der Pauschalbesteuerung wäre für alle ein riesiges Eigengoal. Wer verzichtet schon freiwillig auf Milliarden an Steuergeldern und Tausende von Arbeitsplätzen? Darum am 30. November Nein zur Abschaffung der Pauschalbesteuerung.

NEIN ZUM EIGENTOR!



Randregion
schwächen ?

NEIN!
ZUR PAUSCHALBESTEUERUNGS-
INITIATIVE

Bundesrat Johann Schneider-Ammann

Die höhere Berufsbildung – ein Trumpf der Schweiz

Die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen und damit eine Perspektive für alle Menschen in unserem Land war und ist mein Hauptziel – sei es heute als Bundesrat oder früher als Unternehmer. Die höhere Berufsbildung trägt zusammen mit exzellenten Hochschulen in bedeutendem Masse zu diesem Ziel bei und hat unser Engagement verdient.

Liebe Freisinnige

Vor wenigen Wochen durfte ich strahlenden Gewinnerinnen und Gewinnern der «SwissSkills 2014» ihre Medaillen überreichen und zu ihren Top-Leistungen gratulieren. Über 1000 junge Frauen und Männer, die mit Leidenschaft ihren Beruf ausüben, haben an den erstmals gemeinsam ausgetragenen Schweizer Berufsmeisterschaften um den Sieg gekämpft und dabei ihr Bestes gegeben.

Das Engagement, die Begeisterung und die Leistungsbereitschaft, die ich dort gesehen und gespürt habe, waren beeindruckend und haben mich hoch erfreut. Die Teilnehmenden der «SwissSkills 2014» sind der beste Beweis für die Leistungskraft und Qualität der Berufsbildung.

Höhere Berufsbildung ermöglicht Karrieren

Der Erfolg der Schweizer Berufsbildung hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass auch nach der beruflichen Grundbildung vielfältige Karriere-möglichkeiten zur Verfügung stehen. Und genau dieses Ziel verfolgt die höhere Berufsbildung: Sie verstärkt die Attraktivität der Berufsbildung, indem sie mittlere Führungskader heranbildet und den Absolvierenden einen spannenden Karriereweg ermöglicht.

Die höhere Berufsbildung steht zum einen beruflich gebildeten Personen offen. Auch ohne Maturität ist ein Tertiärabschluss möglich. Zum andern nutzen auch Personen mit Maturität oder sogar mit einem Hochschulabschluss die höhere Berufsbildung, um weitere Berufsqualifikationen zu erwerben.

Gesuchte Fachleute – tiefes Arbeitslosigkeitsrisiko

Der enge Bezug zu den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes ist eine Stärke der höheren Berufsbildung. Die Absolvierenden sind gesuchte Fachleute, die mit hohen Bildungsrenditen rechnen können. So wirkt sich eine höhere Berufsbildung positiv auf das Einkommen aus und reduziert das Risiko, arbeitslos zu werden. Zudem leistet sie einen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen. Dieses ist je länger, je mehr Voraussetzung, um die Arbeitsmarktfähigkeit nachhaltig zu bewahren.

Die Stärkung der höheren Berufsbildung ist mir deshalb ein grosses Anliegen. Ich bin überzeugt, dass es uns gelingt, diesen wichtigen Bil-

dungsbereich auch in Zukunft in Schwung zu halten. Es freut mich, dass der Bundesrat Ende August dem von meinem Departement geschnürten Massnahmenpaket zustimmte. So können wir dafür sorgen, dass dieser bewährte Karriereweg auch in Zukunft attraktiv bleibt.

Nationaler Qualifikationsrahmen erlaubt Vergleichbarkeit

Namentlich geht es im Massnahmenpaket darum, die höhere Berufsbildung national und international ihrem Wert entsprechend zu positionieren, die Finanzierung längerfristig zu sichern und die Durchlässigkeit zu den Hochschulen weiter zu erhöhen. Zudem hat der Bundesrat die neue Verordnung über den nationalen Qualifi-

kationsrahmen (NQR) für Abschlüsse der Berufsbildung verabschiedet. Sie ist am 1. Oktober 2014 in Kraft getreten und bezweckt eine bessere nationale und internationale Vergleichbarkeit der Schweizer Abschlüsse.

In Bezug auf die im Parlament hängige Forderung nach Einführung neuer Titel in der höheren Berufsbildung, beispielsweise «Professional Bachelor» und «Professional Master», hat der Bundesrat seine ablehnende Position bestätigt. Die Verwendung von Bologna-Titeln ausserhalb des Hochschulbereichs ist international unüblich und würde entsprechend kaum die erhoffte Akzeptanz finden. Es bestünde das Risiko, als «Etikettenschwindel» und «Zweitklass-Bachelor/Master» wahrgenommen zu werden, was schliesslich eine Schwächung statt Stärkung der höheren Berufsbildung bewirken würde.

Arbeitsmarktorientierung muss zentral bleiben

Deshalb sprechen sich der Bundesrat und ich mich persönlich für die Beibehaltung gut verankerter Schweizer Titel und die Umsetzung des Nationalen Qualifikationsrahmens aus. Letzterer erlaubt, die Wertigkeit gegenüber den Hochschulabschlüssen darzulegen, ohne dass dadurch der Kern der höheren Berufsbildung, nämlich die Arbeitsmarktorientierung, verändert werden muss.

Ich danke den Unternehmerinnen und Unternehmern und auch unserer FDP, dass sie sich für eine starke Berufsbildung einsetzen.



Voller Einsatz für den Fachkräfte-Nachwuchs: Bildungsminister Schneider-Ammann am SimpleScience-Stand am Tag der FDP.

**Ihr Johann Schneider-Ammann,
Bundesrat**

Fachkräftemangel

Augen auf für inländische Fachkräfte!

Experten warnen, Unternehmer klagen, und die Parteien stimmen ein: Der Fachkräftemangel in der Schweiz hält Wirtschaft und Politik auf Trab. Gefordert sind breite Strategien und neue Denkansätze. Einfacher gesagt als getan? Überhaupt nicht. *FDP.Die Liberalen* nennt die entscheidenden Lösungsansätze zum Fachkräfteproblem in der Schweiz. Darunter auch die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie das flexible Arbeiten im Alter.

Martin Schmid,
Ständerat, Graubünden

Die Schweiz hat in vielen Branchen ein Fachkräfteproblem. Dieses gilt es zu lösen. Denn spätestens nach der Annahme der Masseneinwanderungsinitiative – welche den Einlass vieler benötigter ausländischer Fachkräfte bedroht – und einer veränderten Demografie steht der Wirtschaftsstandort Schweiz vor grossen Herausforderungen. Gefordert ist eine breite Strategie. Das Problem des Fachkräftemangels muss an den Wurzeln gepackt und sämtliche Ursachen berücksichtigt werden. Dazu gehören auch neue Denkansätze. Zum Beispiel das flexible Arbeiten im Alter und die bessere Nutzung des Potenzials der Erwerbstätigen über 55. Denn diese bringen besondere Fähigkeiten und unersetzbare Erfahrungen, die für Wirtschaft und Gesellschaft von grösster Bedeutung sind.



«Erwerbstätige über 55 stellen für die Wirtschaft und Gesellschaft ein grosses Potenzial an Fähigkeiten und Erfahrungen dar», sagt Martin Schmid.

Fachkräfteinitiative: richtige Richtung angesteuert

Anfang September präsentierte Bundesrat Johann Schneider-Ammann zusammen mit den Sozialpartnern, den Kantonen sowie Wirtschafts- und Wissenschaftsexperten den neuen Grundlagenbericht «Fachkräfte für die Schweiz». Mit über 40 Massnahmen soll die Fachkräftesituation in der Schweiz über arbeitsmarktliche und bildungspolitische Massnahmen wirkungsvoll verbessert werden.

Im Zentrum steht das Ziel, inländisches Potenzial an Fachkräften verstärkt auszuschöpfen. Als Haupthandlungsfelder sieht der Bericht Höherqualifizierung, Innovationen, Verein-

barkeit von Beruf und Familie sowie ältere Arbeitnehmende. Die FDP unterstützt die Fachkräfteinitiative und deren Ansätze. Die bessere Nutzung des inländischen Potenzials an Fachkräften verstärkt auszuschöpfen ist auch als Bekenntnis zum Standort Schweiz und zur Zukunft eines liberalen Arbeitsmarktes zu deuten.

Die Sozialpartner sind zum Handeln aufgefordert

Hierbei ist die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure entscheidend: Die Rolle des Staates muss es sein, gute Rahmenbedingungen für die Förderung von Fachkräften zu schaffen.

Als Arbeitgeber soll er eine Vorbildfunktion übernehmen. Parallel dazu müssen die Sozialpartner dafür sorgen, dass ihre Mitglieder inländische Fachkräfte fördern und mittels flexibler Modelle deren Erwerbstätigkeit stärken.

Die Sensibilisierung der Unternehmen zur alters- und familienfreundlichen Politik ist der aktuelle Schlüssel zur Aufrechterhaltung des Erfolgsmodells Schweiz. Denn nicht nur die Politik, sondern besonders auch die Wirtschaft ist in Sachen Fachkräftemangel gefordert. Um weiterhin auf liberale Regelungen zählen zu können, muss sie Eigenverantwortung übernehmen. Unternehmen sollen Gemeinschaft für ihre Mitarbeiter zeigen.

Flexibles Arbeiten im Alter vorantreiben

Dazu gehört auch die Einführung von flexiblem Arbeiten im Alter. Denn Erwerbstätige über 55 stellen für Wirtschaft und Gesellschaft ein grosses Potenzial an Fähigkeiten und Erfahrungen dar. Ihr Know-how muss zukünftig optimal ausgeschöpft werden. Die FDP fordert zur Umsetzung des flexiblen Arbeitens im

Alter die Flexibilisierung des Rentenalters 65 sowie die Anpassung von AHV und BVG auf individuelle Bedürfnisse der Arbeitnehmenden.

Nur so kann die Wirtschaft ihren Teil zur Lösung der aktuellen Probleme beitragen: mit der Schaffung von massgeschneiderten Arbeitszeitarrangements für ältere Mitarbeiter sowie reduzierten Teilzeitpensen für bereits pensionierte Erwerbstätige. Zusätzlich sind sowohl Politik als auch Wirtschaft gefordert, die Qualifikation älterer Erwerbstätiger mit Weiterbildungsangeboten kontinuierlich auf den neusten Stand zu bringen.

Nur gemeinsam kann es gelingen!

Daran anzuknüpfen haben auch die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV). Weiterbildungen und aktive Betreuungen für Stellensuchende über 55 sind wichtige Investitionen, die sich langfristig auszahlen. Die Lösungsansätze zum Fachkräfteproblem Schweiz sind einfach und klar. Es gilt, diese nun umzusetzen. Gefordert sind wir dabei alle. Nur gemeinsam können Politik, Wirtschaft und Sozialpartner das Fachkräfteproblem lösen und somit das Erfolgsmodell Schweiz aufrechterhalten!

Forderungen der FDP.Die Liberalen

Die FDP fordert seit langem eine bessere Nutzung des inländischen Arbeitskräftepotenzials: Am 23. Juni 2012 zeigten die FDP-Delegierten mit einem Positionspapier liberale Wege zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf. Im Juni 2013 hat die St. Galler Ständerätin Karin Keller-Sutter in einem Postulat vom Bundesrat ge-

fordert, dass er Massnahmen zur nachhaltigen Stärkung des Potenzials inländischer Arbeitnehmer erarbeitet. Und am 19. November 2013 verabschiedeten die Delegierten der FDP ein Positionspapier «Flexibles Arbeiten im Alter». Die Positionspapiere sind einsehbar unter www.fdp.ch/positionen

FDP

Die Liberalen

Engagiert für SIE, jeden Tag – aus Liebe zur Schweiz

Gemeinsinn

Wir stehen für den nationalen Zusammenhalt von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik.

Fortschritt

Wir packen die Chancen der Zukunft und glauben an den Fortschritt.

Freiheit

Wir kämpfen für die Freiheit und übernehmen Verantwortung.

Eine starke Partei



*In Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnerinnen und Einwohnern.

www.fdp.ch - info@fdp.ch - PC 30-5503-0

Populistische Rundumschläge

Mit der Keule auf Stimmenfang

Verschiedene Politiker packten in letzter Zeit die rhetorische Keule aus, um ihre Gegner zu verhauen: Faschismus-Keule, Nazi-Keule, Moral-Keule ... was kommt als Nächstes?

Philipp Müller,
Präsident *FDP.Die Liberalen*

Anstatt Lösungen für die wirklichen Probleme zu präsentieren, packten mehrere Vertreter von Bundesratsparteien in den letzten Monaten die rhetorische Keule aus und hauten damit kräftig um sich. Der eine benutzte die Nazi-Keule, andere die Faschisten-Keule. Und schliesslich wurde auch noch die beliebte Moral-Keule bedient, um eine rechtlich verbindliche Abmachung zwischen Steuerbehörden und Unternehmen, ein sogenanntes Steuer-ruling, nachträglich in Frage zu stellen.

Diffamierung als Mittel zum Stimmenfang

Was wir in den vergangenen Monaten in der Schweizer Politik erleben durften, ist weder sinnvolle noch lösungsorientierte Politik. Solche populistischen Rundumschläge dienen vor allem einem Ziel: den politischen Gegner zu diffamieren und auf Stimmenfang zu gehen! Gerade die Nazi- und Faschismus-Keule ist ein leider allzu beliebtes Mittel, um auf unliebsame Politiker und Parteien einzudreschen. Denn eigentlich handelt es sich um ein Totschlägerargument. Oder zumindest war dies bis vor kurzem so.

Denn durch die inflationär benutzten Unterstellungen, Politiker und Parteien seien rassistisch, faschistoid oder nationalsozialistisch, hat sich die Stärke des Argumentes leider abgeschwächt. Der Totschläger trifft zwar das Ziel, erreicht aber in der Sache gar nichts. Dies ist umso schlimmer, als mit jeder Benutzung solcher verbalen Keulen die tatsächlichen Ereignisse in der ersten Hälfte des letzten Jahrhunderts banalisiert und verharmlost werden. Das darf nicht sein.

Wenn Rechtssprüche nicht mehr gelten sollen ...

Eine andere Art Keule, nämlich die



FDP-Präsident Müller: «Wo am lautesten moralisiert wird, ist meistens die Doppelmoral nicht weit weg.»

Moral-Keule, packte der SP-Chef gegen unseren Wirtschaftsminister Schneider-Ammann aus. Denn wenn ein Unternehmen sich an die Steuergesetze hält und die zuständige Steuerbehörde das ausdrücklich bestätigt, fehlt jegliche Basis für eine begründete Kritik: Die Ammann-Gruppe ist eine weltweit tätige Firma, die über Art und Weise der Finanzierung ihrer internationalen Aktivitäten grünes Licht von der Steuerbehörde für ein rechtsgültiges Steuerruling bekam.

Die Gesetze wurden also respektiert. Wenn die SP hier mit der Moralkeule um sich schlägt, wirkt das ziemlich hilflos und zeugt von fehlenden

Sachargumenten. Unser Steuersystem ist demokratisch legitimiert und lässt solche Vorausabklärungen zu. Es verzichtet ja auch kein Mensch auf den Abzug für Berufsauslagen, nur damit der Staat mehr Geld einnehmen kann. Zudem: Wenn man beginnt, eine rechtlich verbindliche Abmachung zwischen Steuerbehörden und Unternehmen rückwirkend in Frage zu stellen, ist das hohe Gut der Rechtssicherheit ernsthaft gefährdet.

... ist sicher die linke Doppelmoral am Werk!

Wo am lautesten moralisiert wird, ist meistens die Doppelmoral nicht weit

weg: Arbeitsplätze und Steuern nehmen die Linken nämlich noch so gerne und geben die Steuergelder mit vollen Händen aus, statt an die nächste Generation zu denken. Steuerliche Anreize für Unternehmen in der Schweiz wollen sie aber mit dem Gerechtigkeitsargument partout nicht gelten lassen. Dabei vergessen sie: Nicht die Politik und schon gar nicht die SP schaffen Arbeitsplätze. Dies tun die in einem harten internationalen Standortwettbewerb stehenden Unternehmen. Eine banale Feststellung – doch bis die SP das begriffen hat, sind viele Arbeitsplätze weg.

Aussenpolitik

Neutralität als Chance und Notwendigkeit für die Schweiz

Die geopolitische Lage in der Welt verändert sich. Dies bietet Chancen und Gefahren für die Schweiz.

Karin Keller-Sutter,
Ständerätin, St. Gallen

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine sowie die Spannungen im Südchinesischen Meer deuten darauf hin, dass sich die geopolitische Lage in Europa und der Welt verändert und sich eine neue «Blockbildung» etabliert. Die «neue Ordnung» nach dem Fall der Mauer 1989 erodiert zunehmend. Es entwickeln sich neue Kräfteverhältnisse. Die einst dominierenden USA können und wollen immer weniger ihr globales System stützen, während parallel dazu neue Mächte wie China und Russland wieder erstarken. Die Folge davon sind ein verstärkter Nationalismus und Militarismus. Die Welt ist also im Wandel. Unsere Neutralitätspolitik wandelt sich mit ihr. Im Bundesvertrag von 1815 sowie in den Verfassungen von 1848, 1874 und 1999 wurde die Neutralität für die Behörden zu einer aussenpolitischen Norm, die stets flexibel den Umständen und den Interessen des Landes angepasst wurde. Die bestimmenden Faktoren der Neutralitätspolitik sind die Interessen des Landes, das Neutralitätsrecht, die internationale Lage sowie die Tradition und Geschichte unseres Landes. Zudem diente die Neutralität auch immer wieder dem nationalen Zusammenhalt und ist ein wesentlicher Teil unseres Selbstverständnisses. Die neueste Sicherheitsstudie der ETH («Sicherheit 2014») weist denn auch einen Zustimmungswert von 96 Prozent der Bevölkerung zur Neutralität aus. Die Bevölkerung erwartet also auch in einem sich ändernden geopolitischen Umfeld eine eigenständige Neutralitätspolitik.

Interpellation an den Bundesrat eingereicht

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen habe ich eine Interpellation



«Die Welt ist im Wandel – unsere Neutralitätspolitik wandelt sich mit ihr.»

eingereicht. Dabei bitte ich den Bundesrat um die Beantwortung verschiedener Fragen, die mir für die Ausrichtung der künftigen Neutralitätspolitik von Bedeutung scheinen. Die schweizerische Neutralitätspolitik hat sich dem Wandel der Zeit immer angepasst. Zentral stellt sich deshalb die Frage, ob der Neutralitätsbericht von 1993 aufgrund der doch tief greifenden Veränderungen nachgeführt werden muss.

Ich bin überzeugt, dass die aktuellen Entwicklungen für den Kleinstaat

Schweiz mit seiner politischen und wirtschaftlichen Verflechtung sowie seiner langjährigen Tradition von Neutralität und Vermittlungstätigkeit neben Gefahren auch eine Chance darstellen, seine traditionelle Rolle durch eine eigenständige Politik wieder zu beleben. Dies bedingt allerdings, dass die Schweiz als Nichtmitglied der EU weiterhin eine unabhängige Sanktionspolitik betreibt, die sich darauf konzentriert, Umgehungsgeschäfte zu verhindern. Dass dies auch zu Kritik führen kann, ist in Kauf zu nehmen. Im Übrigen ist wenig bekannt, dass die Sanktionen der EU gegenüber Russland die Interessen der EU durchaus berücksichtigen. So wurden die russischen Tochterbanken in Osteuropa oder auch der Finanzplatz Frankfurt von den Sanktionen ausgenommen.

Wer eine erfolgreiche Neutralitätspolitik und Vermittlerrolle einnehmen will, sollte auf Belehrungen anderer verzichten und sich eine gewisse Zurückhaltung auferlegen. Das OSZE-Präsidium der Schweiz, das durch unseren Bundespräsidenten souverän wahrgenommen wird, könnte durchaus der Start für eine Neutralitätspolitik sein, die sich wieder an den traditionellen Werten der Neutralitätspolitik orientiert. Diese Chance für die Schweiz sollten wir packen!

Die FDP will das internationale Genf stärken

Seit der verlorenen Schlacht von Marignano 1515 hat die Schweizer Eidgenossenschaft ihre expansive Aussenpolitik aufgegeben und eine Neutralität entwickelt, diese immer wieder erneuert und den veränderten Begebenheiten angepasst. Für die FDP ist die Neutralität ein wichtiges Instrument, welches uns schützt und gleichzeitig für die Friedensvermittlung prädestiniert. Die Attrak-

tivität der Schweiz als Plattform für internationale Organisationen in Genf ist zu verbessern und unser Sitz im Exekutivrat des IWF zu erhalten; ein nichtpermanenter Sitz im UNO-Sicherheitsrat und die Mitgliedschaft bei der G20 sind Ziele. Unser Know-how als neutraler Vermittlerstaat muss exportiert und in internationalen Konflikten eingesetzt werden.

Schweizer Werte und Interessen in der Welt

Bundespräsident Burkhalter erhält den «Prix de la Fondation pour Genève»

Grosse Ehre für Bundespräsident Didier Burkhalter: Er erhielt den prestigeträchtigen «Prix de la Fondation pour Genève» verliehen. Dies zeigt die Anerkennung seiner enormen Verdienste zugunsten der Schweizer Werte und Interessen in der internationalen Gemeinschaft.

Am 8. September 2014 wurde Bundespräsident Didier Burkhalter im Palais des Nations der «Prix de la Fondation pour Genève» verliehen. Dieser Preis wird an Personen vergeben, welche sich um die internationale Rolle der Schweiz in Genf verdient gemacht haben. Unser Aussenminister reiht sich damit in prominente Preisträger wie Kofi Annan, Klaus Schwab, alt Bundesrat Max Petitpierre (FDP) oder das CERN ein.

Der Preis wird bereits seit über 40 Jahren vergeben, und mit Didier Burkhalter erhält ihn zum ersten Mal ein amtierender Bundespräsident. Als Grund für die Preisvergabe wurde sein unermüdliches Engagement für die internationale Rolle der Schweiz genannt, die auch durch die starke Präsenz von internationalen Organisationen in Genf speziell zur Geltung kommt. Der Preis würdigt auch sein Hervorheben der Aussenpolitik in der Schweiz: Burkhalter zeige ständig, wie wichtig es für die Schweiz sei – in einer immer mehr globalisierten Welt – ihre Interessen und ihre Werte im internationalen Kontext zu verteidigen.

Auch habe er der internationalen Rolle der Schweiz durch Genf selber neue Impulse gegeben und die Stadt und das Land dadurch sowohl aktiv als auch passiv im international sehr kompetitiven Kontext besser positioniert. «Seine Politik der Öffnung, des Dialogs und der Zusammenarbeit in Übereinstimmung mit der Neutralität und der humanitären Tradition unseres Landes kann nur eine weitere Stärkung der Rolle der Schweiz und Genfs, Stadt des Friedens und der internationalen Zusammenarbeit, zur Folge haben», lobte ihn die Fondation pour Genève.



Feierlicher Moment: Didier Burkhalter mit dem Prix de la Fondation pour Genève.



Bad in der Menge: Persönliche Begegnung des Bundespräsidenten mit Schweizer Schülerinnen und Schülern im Palais des Nations.

UN-Generalsekretär Ban Ki-moon übermittelte in einer Videoaufnahme seine herzliche Gratulation aus New York. «Präsident Burkhalter verteidigt die folgenden Werte immerzu: Friede, Menschenrechte und menschliche Entwicklung. Ich zähle Präsident Burkhalter zu meinen persönlichen Freunden und bewundere sein Engagement für das Gemeinwohl.» Ban fügte hinzu: «Die Vereinten Nationen und Präsident Burkhalter teilen die Vision einer Welt, in der alle Menschen in Frieden und mit Würde leben können.»

Bundespräsident Burkhalter dankte und betonte, die wichtige internationale Rolle der Schweiz und Genfs gründe auf einer Reihe von Persönlichkeiten unserer Vergangenheit: «Bundesräte aus allen vier Sprachregionen und aus allen Parteien haben, wie auch andere, verstanden, dass Genf ein Geschenk ist, für die Welt und für die Schweiz. Ein aussergewöhnlicher Trumpf, um seine Interessen zu verteidigen und seine Werte hochzuhalten.» Burkhalter würdigte zudem: «Der Geist von Genf: Dieser Sinn der Verantwortung gegenüber der Menschheit, dieser Inbegriff des Willens, diese Lehre der Unabhängigkeit und der Welt-offenheit, dieses Bewusstsein für die Solidarität mit den Schwächsten und der Glaube an den Fortschritt der Menschheit, diese starke Liebe zu Freiheit und Recht; dieser Reigen von Werten, der zum Geist der Schweiz wurde.»

Die Videoaufnahme von Secretary General Ban Ki-moon (in Englisch/Französisch) und die schriftlichen Versionen der Reden (Französisch) findet man unter:

www.fondationpourgeneve.ch

Erfolgreiche Unterschriftensammlung

Mehr Rückgrat durch die Privatsphärenschutz-Initiative

Am 25. September 2014 wurde die Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» eingereicht. Was will diese Initiative bewegen, und weshalb kommt sie gerade jetzt?

Christian Lüscher,
Vizepräsident FDP, Die Liberalen
und Nationalrat, Genf

Die Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» will gezielt die finanzielle Privatsphäre schützen, die in den letzten Jahren unter Druck von links und dem Ausland gekommen und damit stark in Gefahr geraten ist. Bereits heute verlangt der Staat Einblicke in Kontobewegungen. Morgen könnten es auch Kreditkartenrechnungen und jede Finanzbuchung sein, und übermorgen werden Einblicke in Arzt- und Anwaltsgeheimnisse gefordert.

Lassen wir nicht zu, dass das bewährte Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger zerstört wird, auf dem unsere Demokratie aufbaut. Die Privatsphärenschutz-Initiative widersetzt sich der beängstigenden Tendenz zum Kontrollstaat und will den Schutz der Privatsphäre, insbesondere auch der finanziellen Verhältnisse jedes Einzelnen, in der Bundesverfassung festschreiben. Somit wird der automatische Informationsaustausch auf nationaler Ebene verhindert.

Wir wollen keinen Überwachungsstaat!

Vertrauen ist seit jeher die Grundlage des guten Verhältnisses zwischen Staat und Bürger in der Schweiz. Dies zeigt sich zum Beispiel an der tiefen Rate von Steuerhinterziehungsfällen in der Schweiz sowie der geringen Verschwendung der Steuergelder von Seiten des Staates. Besonders im linken Lager werden häufig Horrorzahlen in Bezug auf Steuerhinterziehung genannt und davor gewarnt, dass die Privatsphärenschutz-Initiative Steuersünder decken würde. Dies ist auf jeden Fall falsch.



FDP-Vizepräsident Lüscher: «Das bewährte Vertrauensverhältnis zwischen Staat und Bürger darf nicht zerstört werden.»

Ein überparteiliches Initiativkomitee begann am 4. Juni 2013 Unterschriften für die Initiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» zu sammeln. Ein bisschen mehr als zwei Monate vor Ablauf der Sammelfrist wurden am vergangenen 25. September 118 703 Unterschriften bei der Bundeskanzlei eingereicht. Die Bundeskanzlei gab am

27. Oktober 2014 offiziell bekannt, dass die Initiative mit 117 531 gültigen Unterschriften zustande gekommen ist. Spätestens in der Frühjahrsession 2017 wird die Initiative im Parlament behandelt, das heisst, das Volk wird noch im Jahr 2017 über dieses wichtige Begehren abstimmen können.

Die Möglichkeit, dass inländische Behörden im Verdachtsfall – auch bei Steuerbetrug – Informationen über den einzelnen Bürger einholen können, bleibt bestehen. Fällt der Schutz der finanziellen Privatsphäre weiter Schritt für Schritt, entsteht ein Überwachungsstaat. Das Beispiel Deutschland zeigt: Sind die Daten der Bürger einer Behörde bekannt, haben auch andere Behörden Zugriff darauf. Diesen Trend gilt es mit allen Kräften zu verhindern.

Immer mehr Bedürfnisse des Staates

Die finanzielle Privatsphäre der Schweizer Bürgerinnen und Bürger war bis vor wenigen Jahren gut geschützt: ein unangetastetes Recht jedes Einzelnen. In den vergangenen Jahren stieg der Druck des Auslands auf die Schweiz, die Gesetze auch in diesem Bereich dem internationalen Trend der Totalkontrolle anzupassen und die steuerlichen Bedürfnisse des Staates über die der Privatsphäre der Bürger zu stellen. Diese Entwicklung geschah schrittweise, und es ist bereits vom automatischen Informationsaustausch auch im Inland die Rede.

Auch die Tendenz, in der Krise dem Bürger immer mehr Steuern aufzubürden, um die Löcher in der Staatskasse zu stopfen, zeugt vom sinkenden Pflichtgefühl des Staates gegenüber seinen Bürgern. Dieser Trend schmälert den Wohlstand, das Wachstum und gefährdet Arbeitsplätze. All diese Tendenzen der vergangenen Jahre beweisen, dass die Schweizer Behörden gegenüber dem Ausland und dem Bund kein Rückgrat zeigen. Deshalb muss die Schweizer Bevölkerung eingreifen und den Behörden, bevor es zu spät ist, zum Rückgrat verhelfen!

Rechtssicherheit

Wer will noch im Ausland investieren?

Rechtssicherheit ist Grundlage für die Geschäftstätigkeit jedes Unternehmens. Das gilt für ausländische Firmen in der Schweiz ebenso wie für Schweizer Firmen im Ausland. Wenn Recht und Gesetz aber nicht mehr zählen, siedelt sich niemand mehr an und wird auch niemand mehr investieren. Das Urteil eines italienischen Gerichts im Fall von Stephan Schmidheiny zu den Folgen der Asbestverarbeitung leistet dieser Tendenz Vorschub. Den Anreiz für Investitionen im Ausland dämpfen auch die Gruppe «Recht ohne Grenzen» sowie die Angriffe von Links auf Investitionsschutzabkommen.

Christian Lüscher,
Vizepräsident FDP, Die Liberalen
und Nationalrat, Genf

Unregelmässigkeiten bei juristischen Verfahren im Ausland sind ein grosses Problem und für Schweizer Unternehmen im Ausland eine Gefahr. Jüngstes Beispiel ist der Eternit-Prozess in Turin gegen den Industriellen Stephan Schmidheiny. Die dortigen Gerichte haben im Grunde ein Sonderstrafverfahren durchgeführt. Darin kam es zu kleineren und grösseren Unregelmässigkeiten. So kann in der Gesamtheit nicht mehr von einem fairen Verfahren, wie es in der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) garantiert ist, gesprochen werden.

Dem Strafverfahren wurde von Beginn an grosse Aufmerksamkeit in der Presse geschenkt. Das ist grundsätzlich nicht zu verurteilen. Dabei kam es aber zu einseitigen und hetzerischen Berichten – und somit zu einer eigentlichen Vorverurteilung. Nicht nur schützte der italienische Staat nicht vor dieser medialen Lynchjustiz, vielmehr nahm er aktiv daran teil. Der Staatsanwalt bezeichnete Stephan Schmidheiny als Terroristen und Massenmörder, ohne dass dies Konsequenzen gehabt hätte. Auch der damalige italienische Gesundheitsminister engagierte sich aktiv: Er verhinderte einen Vergleich zwischen der Stadt Casale Monferrato und Stephan Schmidheiny.

Voreingenommene Richter

Auch der zuständige Richter benahm sich nicht unvoreingenommen, sondern verglich eine von Schmidheiny 1976 durchgeführte Industrie-Konferenz mit der 1942 durch die National-

sozialisten abgehaltenen Wannsee-Konferenz. Somit stellte er Schmidheiny in eine Reihe mit Massenmördern des Dritten Reichs und zeigte sich somit als eindeutig befangen. Weiter wurde dem Verteidigungsteam von Schmidheiny während des gesamten Prozesses die Einsicht in wichtige Daten verweigert.

Auf diesen Daten, welche als Grundlage für den Gutachter des Staatsanwaltes dienten, basierte später hauptsächlich die Verurteilung. Unzulässig war auch, dass das Gericht den Fall Schmidheiny ex post betrachtete. Sie verurteilten ihn wegen Unterlassung, obwohl aufgrund des damaligen Wissensstandes und eines fehlenden Asbestverbots in Italien für Schmidheiny nicht abschätzbar war, dass diese Unterlassung zu einem späteren Zeitpunkt eine Strafbarkeit begründen würde. Jetzt bleibt zu hoffen, dass das italienische Kassationsgericht hier doch noch auf den rechten Weg des Rechts kommt. Ansonsten müsste dieser Fall als deutliche Warnung für das Schweizer Engagement in Ausland gesehen werden.



Keine mediale Vorverurteilung: In jedem Prozess muss die Unschuldsvermutung gelten.

Recht ohne Grenzen?

Leider steht dieser Fall nicht allein. Es gibt immer mehr Akteure, welche die Rechtssicherheit für Firmen beschneiden wollen, im Inland und im Ausland. So auch die Gruppe «Recht ohne Grenzen». Diese besteht aus über 50 Organisationen, welche aus den Bereichen Menschenrechte, Hilfswerke, Kirchen und Gewerkschaften kommen. Sie fordern gesetzliche Grundlagen, damit Schweizer Konzerne für ihre Tätigkeiten, ihre Tochterfirmen und Zulieferer vorsorglich Massnahmen treffen müssen.

Sie glauben, so weltweit Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen verhindern zu können. Weiter sollen Menschen, die durch die Tätigkeiten von Schweizer Konzernen, ihren Tochterfirmen und Zulieferern Schaden erleiden, in der Schweiz Klage einreichen und Wiedergutmachung verlangen können. Würden diese Gesetze wirklich dereinst in Kraft treten, wäre jede Firma in der Schweiz noch mehr totaler Rechtsunsicherheit und einer Flut von Klagen ausgesetzt. Und: Wer würde da noch je im Ausland in-

vestieren? Unsere exportorientierte Wirtschaft wäre gefährdet.

Firmen vor Enteignung und Diskriminierung schützen

Von linker und NGO-Seite erwächst zudem immer wieder Kritik an den sogenannten Investitionsschutzabkommen: Diese werden zwischen zwei Staaten abgeschlossen und geben Firmen aus Staat A, die eine Niederlassung in Staat B haben, die Möglichkeit, vor einem Schiedsgericht zu klagen, falls Staat B diese Firma enteignet oder mittels Gesetzen diskriminiert.

Die Schweiz hat über 120 solcher Abkommen abgeschlossen und garantiert so die Rechtssicherheit ihrer Firmen im Ausland. Die Kritik, dass diese Abkommen einseitig seien und nur die Investoren aus dem reicheren Land schützen und zugleich die politische Handlungsfreiheit des ärmeren Landes einschränken, ist verfehlt. Somit werden grundsätzlich Investitionen in rechtlich unsicheren Staaten verunmöglicht und deren wirtschaftliche Entwicklung komplett verbaut.

Wettbewerbsfähigkeit braucht Rechtssicherheit

Für das Schweizer Erfolgsmodell ist die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Schweizer Firmen und Firmen mit Sitz in der Schweiz eine wichtige Voraussetzung. Diese Wettbewerbsfähigkeit benötigt aber unbedingt Rechtssicherheit – nicht nur im Ausland, sondern auch im Inland. Niemand kann investieren und Geschäfte machen, wenn ständig das Damokles-Schwert eines Strafverfahrens oder der Enteignung über einem schwebt.

Erfolgreicher Wahlkampf-Start

Das liberale Feuer brennt!

Am 13. September fand auf dem Stierenmarktareal in Zug der Tag der FDP statt. Über 1200 Freisinnige und Sympathisanten fanden sich ein. Eröffnet wurde der Tag mit Reden von Parteipräsident Philipp Müller, den beiden FDP-Bundesräten Didier Burkhalter und Johann Schneider-Ammann sowie der Präsidentin der Jungfreisinnigen des Kantons Waadt, Oriane Engel.

Mit einer Standing Ovation begrüßten die Freisinnigen die beiden FDP-Bundesräte Didier Burkhalter und Johann Schneider-Ammann bei deren Ankunft. Der Applaus wollte nicht enden. Begeisterung fand auch die Zukunftsstrategie der FDP für die Schweiz. Die Delegierten verabschiedeten diese Strategie sowie die drei Werte Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt einstimmig.

Höhepunkt des Tages der FDP war nach dem offiziellen Teil die symbolische Entzündung des liberalen Feuers durch Bundespräsident Didier



Burkhalter, Bundesrat Johann Schneider-Ammann und Parteipräsident Philipp Müller. Damit setzten sie den Startschuss zum Wahlkampf 2015. Mehr denn je spielt die Mobilisierung bei diesen Wahlen eine wichtige Rolle für die FDP, und das liberale Feuer soll in diesem Wahljahr in alle Kantone und Gemeinden getragen werden.

Der Parteitag wurde sodann zum eigentlichen Volksfest: Die Besucherinnen und Besucher – darunter auch viele Familien – konnten sich an diversen Ständen gratis verpflegen. Die Kinder hatten die Qual der Wahl zwi-

schen Hüpfburg, Ponyreiten oder am SimpleScience-Stand wissenschaftliche Experimente durchzuführen.

Für die Erwachsenen gab es Elektro-Bikes zum Testen, eine Golf-Simulation, oder man konnte beim Human-Kicker Spielfigur in einem überdimensionalen Tischfußballspiel werden. Auch die Möglichkeit, sich mit den beiden Bundesräten fotografieren zu lassen, wurde rege genutzt. Der Tag der FDP – da waren sich alle einig – war ein gelungener Anlass und der perfekte Start in den Wahlkampf 2015.

Eindrücke vom Tag der FDP

Ein buntes Volks- und Familienfest



Fast kein Platz auf der Bühne: Philipp Müller mit den Kandidaten der Zuger Wahlen.



Das Trio Anderscht sorgte für die musikalische Unterhaltung am Tag der FDP.



Das Festzelt war mit über 1200 Freisinnigen fast bis auf den letzten Platz gefüllt.



Rob Spence brachte alle zum Lachen: Gratulation von Didier Burkhalter zum Sketch.



An der «Mohrenkopf-Schleuder» versuchten sich Jung und Alt mit süßem Gewinn.



Die jüngsten Freisinnigen versuchten sich am SimpleScience-Stand.



Bildungsminister Schneider-Ammann beim chemischen Experiment mit den Jüngsten.



Fraktionspräsidentin Gabi Huber mit den Bundesräten und Parteipräsident Philipp Müller.

Blick der Kantonalparteien auf den Tag der FDP

Zahlreiche der 1200 Mitglieder der Kantonalparteien besuchten den Tag der FDP gleich als Gruppe. Hier schildern vier von ihnen ihre Eindrücke von diesem Tag.



Ein erhebendes Gefühl

Am Samstag, 13. September 2014, reiste eine Delegation von rund 100 FDP-Mitgliedern aus dem Kanton Aargau nach Zug. Mit unserer Präsenz zeigten wir, dass wir für das kommende Wahlkampfjahr 2015 gut gerüstet sind und uns darauf freuen. Es war ein erhebendes Gefühl, zu sehen, dass eine solch grosse Anzahl FDP-Mitglieder aus der ganzen Schweiz anreisten, um unser Feuer gemeinsam zu entfachen und motiviert in die Kanto-

ne zurückzukehren. Wir tragen das Feuer noch heute in uns und wollen dies im nächsten Jahr auch immer wieder zeigen. Das Symbol «Feuer» und unsere Werte «Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt» werden uns durch den gesamten Wahlkampf 2015 begleiten und sollen in jedem Bezirk des Kantons vertreten sein. Wir kämpfen für eine Schweiz, die zur Weltspitze gehört – aus Liebe zur Schweiz.

Claudia Hauser, FDP Aargau

Von Baselland mit Bus und Kampfeslust!

«Auf zum Wahlkampf!», hiess die Devise. Aber weder mit Lanze noch mit Hellebarde, sondern im komfortablen Reisebus, den BL-Wahlkampfleiter Hanspeter Frey für unsere Kantonalpartei organisiert hatte, reisten wir an. Als unsere Truppe mit über 20 Leuten und unserer Nationalrätin Daniela Schneeberger beim geschichtsträchtigen Stierenmarktareal in Zug einfuhr, fanden wir ein riesiges, durch weisse Luftballons geschmücktes Festgelände vor. In dessen Zentrum: ein enormes Festzelt. Als Filippo Leutenegger als Moderator den Auftakt des FDP-Wahlkampfes 2015 in diesem eröffnete,

begrüssten die über 1000 Mitglieder mit einer Standing Ovation unsere beiden Bundesräte. Die zahlreich erschienenen FDPler füllten das Festzelt und demonstrierten die Stärke der Gründerpartei der modernen Schweiz, was abends prompt von der Tagesschau an erster Stelle aufgenommen wurde. Die Referenten sprachen abwechselungsweise auf Deutsch, Französisch und Italienisch. Sie demonstrierten damit nicht nur die Vielfalt der Schweiz, sondern setzten ein Zeichen: Wir wollen 2015 in allen Landesteilen und Sprachregionen gewinnen!

Raffaello Masciadri, FDP Baselland



Wie kam der Tag der FDP nach Zug?

5. Dezember 2013 in Bern: Das Generalsekretariat orientiert die Wahlkampfleiterinnen und -leiter der Kantone über den Plan, am 13. September 2014 einen Wahlparteitag durchzuführen. Ort noch offen. Mit Blick auf unsere eigenen Wahlen vom 5. Oktober 2014 denke ich sofort: Das ist doch etwas für Zug! Meine spontane Meldung überrascht Stefan Brupbacher etwas, und so erkundigt er sich beim Kantonalpräsidenten, ob das denn ernst gemeint sei. Es ist. Bald bildet

sich unter der Leitung des Top60-Zug-Präsidenten Hans Wickart ein kleines OK. Carina Schaller übernimmt seitens des GS die operative Federführung. Braunvieh Schweiz als Platzvermieter erweist sich als idealer Partner. Optimistische Planungsgrundlage: 1000 Teilnehmer. Neun Monate später meldet Carina alle paar Tage «100 Anmeldungen mehr!», und schliesslich kommen 1200 FDP-Mitglieder auf den Platz. Es war grossartig. So macht OK-Arbeit Spass. Affaire à suivre!

Ulrich Bollmann, FDP Zug

No meh blau für Züri

Bereits am Hauptbahnhof in Zürich erkannte man an den blauen Plakaten die vielen Freisinnigen aus der Stadt Zürich, die zum FDP-Parteitag nach Zug unterwegs waren. Die Kreispartei 7/8 reiste mit einem Extrabus an, die Kreispartei 3 mit der S-Bahn. Unter dem Motto «No meh blau für Züri» marschierten alle gemeinsam vom Bahnhof in Zug zum Stierenmarktareal. Die Zürcherinnen und Zürcher waren sich einig, dass die flammenden

Reden des Präsidenten, der beiden Bundesräte und der Präsidentin der Jungfreisinnigen Waadt die FDP-Basis auf einen engagierten Wahlkampf einstimmten. Auch die FDP der Stadt Zürich wird mit den Werten Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt in die Wahlen 2015 steigen. Angesichts der stetigen Begehrlichkeiten von Rot-Grün, aber auch mit der Forderung «No meh blau für Züri».

Claudia Simon, FDP Stadt Zürich



Mobilisieren – jeder, überall, immer

Jede Stimme zählt

Diese abgedroschene Phrase zählt halt eben doch. Das Wahlbarometer ein Jahr vor den Wahlen zeigt es Anfang Oktober deutlich – Mobilisierung ist das A und O, um die Wahlen 2015 zu unseren Gunsten zu entscheiden. Dazu braucht es das liberale Feuer, welches im ganzen Land brennen muss.



Es war eine Grafik, welche im diesjährigen Wahlbarometer des gfs Bern unsere grosse Aufmerksamkeit weckte. Diese legt dar, wie sich die Parteienstärke auf nationaler Ebene verändert, wenn man die Wahlabsicht aller Befragten berücksichtigt, welche an den Wahlen bestimmt oder eher bestimmt teilnehmen werden. Nimmt man diese beiden Gruppen, dann überholt die FDP die SP bei den Wähleranteilen und erreicht ihr Ziel, zweitstärkste Partei zu werden.

Auch wenn solche Befragungen mit einer gewissen Portion Vorsicht zu geniessen sind, sagt die Grafik doch sehr viel aus: 1. Die FDP hat aktuell ein Mobilisierungsproblem. 2. Die FDP hat ein riesiges Mobilisierungspotenzial.

Keine Problembewirtschaftung

Genauso, wie wir in unserer Politik keine Problembewirtschaftung betreiben wollen, sondern Lösungen und klare Forderungen präsentieren, wer-

den wir uns auch im Bereich der Mobilisierung nicht damit aufhalten, über das Problem zu lamentieren. Stattdessen wollen wir uns dem Potenzial widmen.

- Mobilisieren kann jeder. Dazu braucht es keine langen Instruktionen oder das Studium von unseren Positionspapieren oder Faktenblättern.
- Mobilisieren kann man immer. Dazu braucht es keine spezielle Aktion oder einen Mobilisierungstag.
- Mobilisieren kann man überall. Dazu braucht es keinen spezifischen FDP-Anlass.

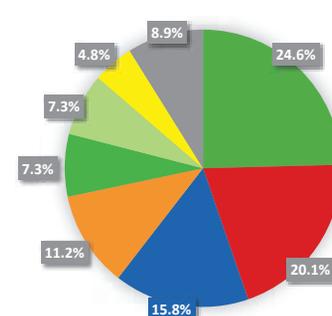
Alles, was man zum Mobilisieren braucht, ist das liberale Feuer, das jeder von uns in sich trägt. Wenn jeder von uns – wenn all unsere 120 000 Mitglieder – dieses liberale Feuer nach aussen trägt und in seinem Alltag offen zu seiner Überzeugung zur FDP steht, dann wird sich dieses Feuer weiter verbreiten. Die persönliche Überzeugung ist die beste Möglichkeit, um unser Umfeld, unsere Familie, Freunde, Bekannte und Verwandte zu mobilisieren.

Das Feuer entfachen

Die Mitglieder der nationalen Parteileitung und die Mitglieder der nationalen Fraktion sind sich ihrer Vorbildfunktion bei der Mobilisierung bewusst. Sie werden alles dafür geben, das liberale Feuer in unserer Basis zu entfachen. Dazu werden sie die Flammen der Freiheit, des Gemeinsinns und des Fortschritts in alle Kantonalparteien tragen und zusammen mit den Kantonalparteien das liberale Feuer entfachen.

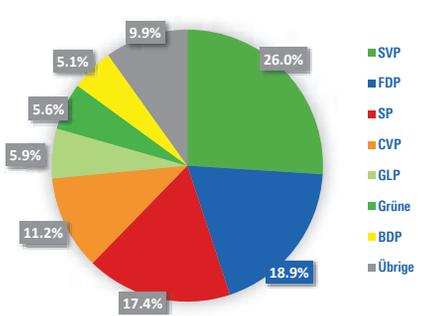
Das Feuer soll dann durch die Kandidierenden in die Ortsparteien und zur Basis getragen werden. Wie ein Lauffeuer sollen die Werte unsere Mitglieder erreichen. Gemeinsam können wir mit Freiheit, Gemeinsinn und Fortschritt dafür sorgen, dass die

Bestimmt Teilnehmende



Wenn man nur diejenigen Personen zählt, die sicher wählen gehen werden, liegt die FDP an dritter Stelle.

Bestimmt und eher Teilnehmende



Zählt man jedoch auch die Personen, die eher wählen gehen werden, überholt die FDP die SP und wird zweitstärkste Partei.

Schweiz auch in Zukunft erfolgreich und eigenständig bleibt und ihren Bewohnerinnen und Bewohnern eine einmalige Lebensqualität bietet.

Werden Sie zu Botschafterinnen und Botschaftern

Liebe Leserinnen und Leser, wie ich bereits gesagt habe, mobilisieren kann jeder, immer und überall. Ich bitte Sie, uns zu unterstützen, damit wir gemeinsam das Ziel erreichen, zweitgrösste Partei der Schweiz zu werden. Seien Sie unsere Botschafter – tragen Sie Ihre Überzeugung zur FDP nach aussen, stehen Sie zu unseren Werten

und seien Sie stolz, der FDP anzugehören.

Fragen Sie in Ihrer Kantonal- oder Ortspartei nach, wie Sie sich im Wahlkampf persönlich engagieren können. Ob beim Flyer Verteilen, der Teilnahme an Strassenaktionen oder beim Plakate Aufhängen – Hilfe ist gefragt und gewünscht.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und freue mich, mit Ihnen zusammen den Wahlkampf zu bestreiten.

**Ihr Vincenzo Pedrazzini,
Wahlkampfleiter**

Bekennen Sie sich zur FDP!

Sie haben verschiedene Möglichkeiten, sich zur FDP zu bekennen. Im digitalen Bereich geht das am einfachsten, wenn Sie uns auf Facebook liken oder uns auf Twitter folgen.

- <https://www.facebook.com/fdp.dieliberalen?fref=ts>
- @FDP_Liberalen

Mit unserem Pin können Sie Ihr Bekenntnis auch im Alltag ablegen. Den Pin können Sie in unserem Shop kaufen: www.fdp.ch/shop Wichtig ist auch die Teilnahme an den kommunalen, kantonalen und nationalen Veranstaltungen. Eine grosse Teilnehmerzahl ist ein wichtiges Zeichen, um zu mobilisieren. Die verschiedenen Termine finden Sie auf den Homepages Ihrer Sektion oder Kantonalpartei. Einen Termin dürfen Sie sich aber heute schon reservieren: Am 22. August 2015 findet in Luzern der nächste Tag der FDP statt.

Bürgerliche Zusammenarbeit

Der Gegner hockt links!

Verfolgt man in der Politik das gleiche Ziel, gelingt dies durch Zusammenarbeit eher. Dieses Credo haben sich die bürgerlichen Jungparteien Junge CVP, Jungfreisinn und Junge SVP auf die Fahne geschrieben. Denn der gemeinsame Gegner hockt in den meisten Fällen links.



Maurus Zeier, Präsident Jungfreisinnige Schweiz, 24 Jahre alt, Betriebsökonom FH. Er kandidiert am 29. März 2015 für den Luzerner Kantonsrat (mehr Informationen unter www.mauruszeier.ch).

Am Freitag, 17. Oktober 2014, haben die drei bürgerlichen Jungparteien in einer gemeinsamen Medienmitteilung zu aktiver bürgerlicher Zusammenarbeit aufgerufen. Wir forderten die bürgerlichen Kräfte in der Schweiz auf, wenn immer möglich zusammenzuarbeiten. Die konkrete Ausgestaltung dieser Kooperation liessen wir bewusst offen. Als Verfechter des Föderalismus läge es uns fern, den Kantonalparteien Vorschriften machen zu wollen. Über Listenverbindungen soll jede Kantonalpartei für sich entscheiden.

In einem Jahr sind eidgenössische Wahlen. Im Vorfeld dieser wählen einige Kantone ihre Regierungen und Parlamente neu. Wie in den vergangenen Jahren zeichnet sich auch dieses Mal das bekannte Muster ab: SP und Grüne spannen zusammen und bündeln ihre Kräfte, die bürgerlichen Parteien zieren sich. In der Stadt Luzern, wo ich geboren und aufgewachsen bin, stellten 2012 sämtliche bürgerlichen

Parteien je einen Kandidaten für die Stadtregierung. Die Unterstützung des SVP-Kandidaten wurde von CVP und FDP abgelehnt. Sachliche Argumente dafür suchte man vergebens.

Stattdessen wurde die Kandidatin der Grünliberalen, unterstützt von CVP und FDP, gewählt. Faktisch ist die Stadt Luzern heute links regiert. Ein Komitee der Jungfreisinnigen, welches die bürgerliche Mehrheit forderte, stiess auf Zustimmung in der Bevölkerung und auf Unverständnis bei der Elite. Dass seither bereits die Steuern erhöht wurden, ist Ironie des Schicksals.

Wir Jungpolitiker, so kann man argumentieren, kennen die Wunden der Vergangenheit nicht. Unvoreingenommen suchen wir Allianzen, um unsere Schlagkraft zu erhöhen. Man kennt und schätzt sich. Obwohl wir immer wieder unterschiedlicher Meinung sind, kämpfen wir bei gleichen Zielen gemeinsam. Die Einheitskasse, den Mindestlohn oder die 1:12-Initiative

haben wir gemeinsam bekämpft. Auch bei der Pauschalbesteuerung werden wir geeint für den Föderalismus kämpfen. Unser Flaggschiff jedoch ist die Altersvorsorge. Mit einer gemeinsamen Vernehmlassung, regelmässigen Treffen und mehreren Medienkonferenzen verschaffen wir uns im Kampf für mehr Generationengerechtigkeit und eine wirkungsvolle Revision der Altersvorsorge Gehör.

Mit Überzeugung kämpfe ich jeden Tag für mehr Freiheit und weniger

Staat. Ich will den Freisinn so stark wie möglich machen. Die Zeiten jedoch, in denen der Freisinn überall alleine genug stark war, sind leider vorbei. Möchte ich tiefe Steuern, dann brauche ich die CVP und die SVP. Alleine in Anbetracht der Ziele von SP und Grünen verliere ich lieber einen Sitz an die CVP oder die SVP als an die Linken. Denn der gemeinsame Gegner ist in der Regel links.

Mehr Freiheit. Weniger Staat.

NATIONALBANK SCHWÄCHEN?

UNABHÄNGIGKEIT VERLIEREN? NEIN stimmen!
Nur eine unabhängige Nationalbank kann unseren Schweizer Franken schützen.

ARBEITSPLÄTZE GEFÄHRDEN? NEIN stimmen!
Nur eine unabhängige Nationalbank kann unsere Exportwirtschaft und unsere Arbeitsplätze in Krisen verteidigen.

KLUMPENRISIKO EINGEHEN? NEIN stimmen!
Nur eine unabhängige Nationalbank kann flexibel und erfolgreich geschäften.

FINANZLÖCHER AUFREISSEN? NEIN stimmen!
Nur eine unabhängige Nationalbank ist erfolgreich – davon profitieren Kantone und Bund.





An mein Vermögen lasse ich nur mich selbst. Und Experten.

Vermögensverwaltung – so individuell wie Sie.

Nutzen Sie das Können unserer Anlageexperten und profitieren Sie direkt von unserer globalen Finanzexpertise. Wir steuern Ihr Portfolio zielgenau nach Ihrer persönlichen Strategie.

credit-suisse.com/invest